This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

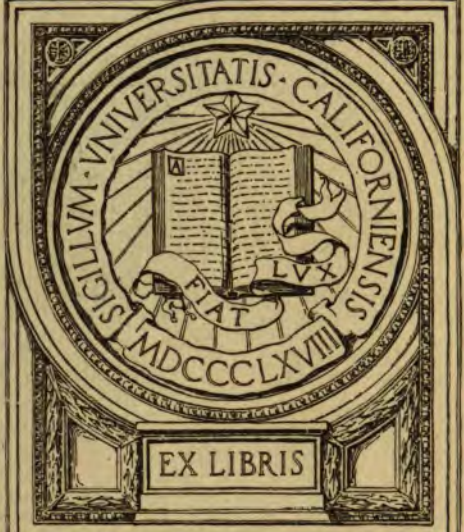
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

DD
218
.3
M6

UC-NRLF
$B 48 361

YC 37439

EXCHANGE



EX LIBRIS

Der Krieg von 1859
Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland

Inaugural-Dissertation

Einer hohen
Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg

zur Erlangung der Doktorwürde

überreicht von

Annie Mittelstaedt
aus Berlin

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Stuttgart
Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft
1904

Angenommen
von der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg
Referent: Geh. Rat Professor Dr. Erich Marcks.

Das Folgende ist ein Teil einer Arbeit, welche gleichzeitig unter dem Titel: „Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland" im Verlage der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin erscheint.

G. F.

Vita

Ich Annie Klara Luise Mittelstaedt, Tochter des Königl. Obersten Ferdinand Mittelstaedt zu Berlin und seiner verstorbenen Gattin Klara geb. Freiin von Collas, bin am 14. Juni 1869 zu Wunstorf bei Hannover geboren. Bis zum 13. Jahre wurde ich, der häufigen Versetzung meines Vaters wegen, zu Hause unterrichtet, besuchte dann in Berlin die höhere Mädchenschule und das Lehrerinnenseminar von Fräulein Crain und bestand 1887 mein Lehrerinnenexamen für höhere Schulen. Vom April 1900 bis 1902 studierte ich an der Berliner Universität, hörte die Vorlesungen der Herren Professoren Delbrück, Lenz, Oncken, Schmoller, Hoeniger, Erich Schmidt, Scheffer-Boichorst, Paulsen, Stumpf, Herrmann und besuchte die Seminare resp. Übungen der Herren Oncken, Scheffer-Boichorst, Lenz, Erich Schmidt. Vom April 1902 bis Ende 1903 studierte ich an der Heidelberger Universität, hörte die Vorlesungen der Herren Professoren Marcks, Hampe, Rathjen, Braune, Kuno Fischer und besuchte die Seminare der Herren Professoren Marcks und Braune. Herrn Geheimrat Professor Erich Marcks bin ich zu besonderem Danke verpflichtet.

248342

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 1
A. Die preußische Regierungspolitik bis zum Ultimatum vom 23. April 1859 2
Der Prinzregent und die Kriegsfrage 5
B. Bismarck und die Kriegsfrage 14
C. Die deutsche Publizistik bis zum Ultimatum 20
Allgemeines 20
1. Kapitel. Die großdeutsche Publizistik 21
Parteicharakter 21
Außerhalb der eigentlichen Parteipolitik stehende Flugschriften:
1. Leue: Preußen und Österreich gegen Frankreich . . . 22
2. Einige flüchtige Bemerkungen zur endlichen radikalen Lösung der schwebenden Zeitfrage 22
3. Darf Deutschland ruhig zusehen, wie Österreich ungerecht angegriffen wird? 22
a. Ultramontane großdeutsche Publizistik 23
Flugschriften: 1. Alban Stolz: Der Kreuzzug gegen die Welschen S. 23. 2. Die italienische Frage im Jahre 1859 S. 24. 3. Preußen und Deutschland 1859 S. 25. Zeitschrift: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland S. 24. Zeitung: Augsburger Postzeitung S. 25.
b. Reaktionäre großdeutsche Publizistik 26
Flugschrift: Vorwärts. Eine Stimme aus Sachsen S. 26. Parteicharakter in Preußen S. 27. Leopold v. Gerlach S. 27. Zeitung: Kreuzzeitung S. 27.
c. Liberal großdeutsche Publizistik 28
Parteicharakter S. 28. Flugschriften: 1. F. v. Raumer: Zur Politik des Tages S. 29. 2. Loebel: Über die Einheit Italiens S. 29. 3. Fischel: Brennuszug und Moskowitertum S. 30. 4. Baumgarten: Deutschland und die italienische Frage S. 31. 5. Baumgarten: Was will Deutschland im Kriege? S. 31. 6. v. Hoffmann: Bekanntes S. 32. 7. A. B.: Die deutsche Frage S. 32. Zeitungen: Augsburger Allgemeine Zeitung S. 33. Frankfurter Postzeitung S. 37. Frankfurter Journal S. 37. Journal de Francfort S. 37. Zeitschriften: Deutsche Vierteljahrsschrift S. 36.

Seite

d. Demokratisch großdeutsche Publizistik 38
Parteicharakter S. 38. Zeitungen: Volkszeitung S. 38. Flugschriften: Karl Vogt: Studien zur gegenwärtigen Lage Europas S. 39. Engels: Po und Rhein S. 40.

2. Kapitel. Die kleindeutsche Publizistik 40
Parteicharakter. Zeitungen: Preußische Zeitung S. 41. Nationalzeitung S. 41. Kölnische Zeitung S. 42. Vossische Zeitung S 43. Schlesische und Breslauer Zeitung S. 43. Zeitschriften: Preußisches Wochenblatt S. 43. Deutsches Museum S. 44. Kladderadatsch S. 45. Sybels historische Zeitschrift S. 46. Preußische Jahrbücher S. 47. Bayerische Wochenschrift S. 49. Flugschriften: 1. Beseler: Das deutsche Interesse an der italienischen Frage S. 51. 2. Bamberger: Juchhe nach Italia S. 52.

3. Kapitel. Die preußische Publizistik 54
Parteicharakter S. 54. Flugschriften: 1. Ägidi: Suum cuique S. 55. 2. Bluhm: Die Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte S. 57. 3. Bluhm: Denkschrift betreffend die preußische Machtstellung im deutschen Nordwesten S. 57. 4. Rößler: Sendschreiben S. 57. 5. Preußen und die italienische Frage S. 59. Zeitschriften: Grenzboten S. 63.

UNIV. OF
CALIFORNIA

Einleitung

Das Jahr 1859 hat Deutschland politisch als Nation keinen positiven, aber einen negativen Gewinn gebracht. Das Kriegsfeuer jenseits der Alpen warf ein grelles Schlaglicht auf Deutschland und enthüllte die Unmöglichkeit einer Gesamtverfassung, die mit gleichem Bande deutsche und undeutsche Interessen verknüpfte. Aber das auf den verschiedensten Wegen theoretischer Erörterung gesuchte Heilmittel wurde nicht gefunden. Und doch war diese Schwäche keine Armut, sie offenbarte zugleich einen Überschuß an Kraft. Dieser Überschuß kennzeichnet sich in der Lebhaftigkeit des nationalen Bewußtseins nach dessen Tiefstand in den Fünfzigerjahren. Eine Lust zur Arbeit am Staat ist unter alle gekommen, es ist nicht nur „die deutsche Denkkrankheit", hier sind Symptome einer zur Einheit drängenden Nation in dem Chor von Stimmen, die damals die öffentliche Meinung bildeten, Stimmen, deren Klänge zuweilen schon die Parteigruppierungen andeuten, die in den Sechzigerjahren entstanden. Und ein weiteres — ob freundlich, ob feindlich, jeder einzelne muß sich auseinandersetzen mit dem preußischen Staat als dem Eckstein deutscher Macht. Geschmäht, verleumdet, betrauert, von wenigen in seinen Maßnahmen gebilligt, ist Preußen damals eine große Aktion versagt geblieben. Aber ihm gehörte die Zukunft.

A. Die preußische Regierungspolitik bis zum Ultimatum vom 23. April 1859

Wenn Napoleons Neujahrsbegrüßung dem österreichischen Botschafter gegenüber oft in der Wirkung auf Europas Frieden mit dem Blitz aus heiterem Himmel verglichen wird, so kann das nur für die Öffentlichkeit gelten. Bei den Kabinetten konnte längst kein Zweifel bestehen, daß ein Krieg vor der Tür stand, nur ob es ein europäischer werden müsse, kam in Frage.

Radetzkys Siegeslauf hatte den italienischen Einheitsgedanken nicht erdrückt, die Niederlagen hatten den Haß gegen Fremdherrschaft und Absolutismus noch geschürt. Sardinien blieb der Mittelpunkt aller nationalen Bestrebungen in Italien und zeigte bei jeder Gelegenheit seinen Antagonismus gegen Österreich und seine Hinneigung zu den Westmächten. Italiens Regenerationsbestrebungen besaßen in gewisser Weise das Wohlwollen breiter Massen in der europäischen Welt. Es war ja die Zeit des politischen Theoretisierens, man sprach lieber von Volksstämmen als von Staaten. Man erwärmte sich für den Gedanken des Nationalitätsprinzips, den die realen Verhältnisse in ihrer historischen Entwicklung längst — wenigstens in seiner Reinheit — als undurchführbar erwiesen hatten. Wie sollte man nicht mit begreiflicher Sympathie dem Versuch zum nationalen Zusammenschluß eines reichbegabten Volkes begegnen? Zu tatkräftiger Hilfe aber zeigte sich unter den Regierungen allein Frankreich bereit. Eine Zunahme des österreichischen Einflusses am Mittelmeer konnte Napoleon so wenig wünschen, wie ein unabhängiges Italien als Herd steter revolutionärer Umtriebe. Unter dem Schein des Wohltäters war er der leitende Freund Sardiniens und hinderte damit eine italienische Republik mit steter Ansteckungsgefahr an seinen Grenzen.

Österreichs Lebensinteresse war eins mit dem Metternichschen System, es konnte in der Nähe seiner italienischen Besitzungen, in Sardinien, nicht einen steten Zündstoff liberaler Ideen

dulden, und die Separatverträge mit den verwandten italienischen Dynasten waren ein Akt der Notwehr, sich und den Nachbarn das Gebiet zu schützen. Der Widerstreit der politischen Interessenpolitik von Österreich und Italien konnte nur absehbare Zeit hingehalten werden. Die Entscheidung war unvermeidlich, also wünschte wie Frankreich und Sardinien so auch Österreich den Krieg. Ihn zu verzögern, wenn möglich zu vermeiden, war das Bestreben der drei anderen Großmächte, deren Bemühungen es gelang, den Krieg drei bis vier Monate zu paralysieren. Ihrer Haltung gilt zuerst unsere Aufmerksamkeit, soweit diese sich, nicht ohne Lücken, erkennen läßt aus den Parlamentsverhandlungen, dem Depeschenmaterial und anderen amtlichen Publikationen.

Von den drei nicht direkt beteiligten Großmächten, England, Preußen und Rußland, war Rußland für den Anfang am zurückhaltendsten, und zwar so sehr, daß in den ersten zwei Monaten des Jahres in der deutschen Presse die Haltung des Zarenreichs kaum eine Erwähnung findet. Das änderte sich Mitte März, als Rußland mit dem Vorschlag eines europäischen Kongresses [1]) zur Regelung der sardinischen Frage hervortritt. Damit schloß es sich nicht allein dem Vermittelungsversuch der anderen zwei Mächte an — noch mehr, es bekannte Farbe, d. h. seine französischen Sympathien. Nur Frankreich konnte sich von einem Kongreß Vorteil versprechen, wie später nachgewiesen werden wird.[2]) Nun tauchten auch in der Presse beunruhigende Gerüchte über Rußlands Haltung auf, Gerüchte von starken Truppenzusammenziehungen gegen Galizien und die Bukowina hin, und von einer russisch-französischen Allianz berichtet gerüchtweise schon Ende März die Nationalzeitung [3]) und die Times [4]), was allerdings dann der Constitutionnel wieder dementiert. So erlebte die Welt das Schauspiel, daß der reaktionärste Staat Europas für revolutionäre Grundsätze

[1]) Siehe Preußische Zeitung v. 18. März 1859.
[2]) Siehe S. 11.
[3]) Siehe Nationalzeitung Nr. 192 v. 28. März 1859.
[4]) Siehe Times v. 28. März 1859.

indirekt in die Schranken trat, galt es doch, den Konkurrenten am Bosporus zu schädigen.

England hielt von Anfang an am stärksten zur Friedenspartei. Es wünschte weder eine Machtvergrößerung Frankreichs noch Österreichs am Mittelmeer. Es war unter dem Druck der öffentlichen Meinung billigen Reformen in Italien sehr geneigt. Es sah außerdem lieber noch einen schwächeren Partizipienten am Mittelmeer als eine Stärkung der anderen. Die Schwierigkeiten der inneren Politik, in denen sich England gerade damals befand, konnten durch den Krieg, auch wenn es neutral blieb, nur vermehrt werden. Gerade den Meinungskrieg, den Malmesbury in dem bevorstehenden Konflikt erkennt [1]), machte England selbst durch, und die Entscheidung konnte nicht ohne Rückwirkung auf die eigenen Verhältnisse sein. England ergriff von den nicht direkt beteiligten Mächten zuerst das Wort zum Frieden. Noch im Januar richtet es an seine Geschäftsträger in Rom, Paris, Wien und Florenz [2]) die Aufforderung, die fremden Regierungen zum Frieden zu ermahnen und niemanden im unklaren zu lassen über Englands neutrale Haltung. Nach allen Seiten wird vor den republikanischen Theorien gewarnt, die durch diesen Kampf neu belebt werden würden. Zu gleicher Zeit atmet die preußische Thronrede Frieden und gestattet keinerlei Rückschlüsse auf die diplomatischen Verhandlungen, die hin und her gingen. Der Februar bringt dann Napoleons Thronrede mit ihren Friedensversicherungen und Weltbeglückungstheorien. Sie täuschte keines der Kabinette und fand in der Presse meist ähnliche mißtrauische Beurteilung. Trotz aller Gegenversicherungen dauerten jedenfalls die Rüstungen der drei beteiligten Staaten fort. England diskutierte zuerst die Kriegsfrage vor der Öffentlichkeit; in den gleichzeitigen Verhandlungen in beiden

[1]) The Annual Register of History and Politics of the year 1859. London-Rivington. State Papers. Corr. resp. the affairs of Italy. p. 205. Malmesbury to Cowley 10. I. 1859.

[2]) Ann. Reg. Publ. doc. p. 239. Malmesbury to Cowley i. Paris 10. I., to Loftus i. Wien, 12. I., 13. I. to Russell in Rom u. Corbett i. Florenz.

Häusern [1]) macht sich bei allen Parteien eine tiefe Abneigung gegen jede gewalttätige Störung des Weltfriedens, der Wunsch nach Aufrechterhaltung des österreichischen Besitzstandes unter Voraussetzung zeitgemäßer Reformen in Italien geltend. Das Ministerium Derby und die Opposition unter Russell und Palmerston weichen in dieser Frage gar nicht so sehr weit voneinander ab. Mochte auch der torystisch gesinnte Derby mehr österreichisch gefärbt, Palmerston mehr als Franzosenfreund erscheinen, im gegebenen Falle entschieden beide für Neutralität.

Nirgends war naturgemäß die Kriegsfrage von größerem Interesse als in Preußen und dem übrigen Deutschland. Und Preußen verharrte in Schweigen. Die preußische Regierung sah natürlich nicht mit kühler Teilnahmlosigkeit zu, wie man vielfach beklagte. Sie ließ freilich im unklaren über ihre Stellung, aber nur, weil das den Tatsachen entsprach, weil der Meinungskrieg, der bald in der Presse ausbrach, auch in den regierenden Kreisen herrschte. Der Prinzregent hatte sich in jahrelangem ehrlichstem Gewissenskampf die Ideen des Konstitutionalismus zu eigen gemacht, und seine Programmrede vom 8. November 1858 gibt Zeugnis, wie ernst es ihm mit dem Fortschritt im Innern war, der doch schließlich auf liberalen Ideen beruhte. In der Stellung zur italienischen Kriegsfrage zeigt sich, wie die liberalen Aspirationen im Grunde dem in den Ideen vom Gottesgnadentum aufgewachsenen Sohn Friedrich Wilhelms III. fremd waren, wie er in dieser Frage anfänglich in der unbeirrten Sicherheit seiner geraden Natur wirklich der Absolutist war, als welchen Gerlach in einer Tagebuchnotiz [2]) zu Anfang des Jahres ihn bezeichnet. Die drohende Gefahr von Westen machte — wer kann es ihm verdenken? — noch einmal die Kräfte in ihm lebendig, an denen sich seine Jugend genährt hatte, das Leid des Vaterlandes durch die Fremdherrschaft des Usurpators, die nachfolgende große Zeit, wo die Herrscher dreier Throne sich die Bruderhand reichten,

[1]) Ann. Rep. Hist. of Europe p. 2 u. p. 15.

[2]) L. v. Gerlach: „Denkwürdigkeiten." Bd. II. S. 640. 16. I. 59.

um seiner Herr zu werden. Ist es nicht begreiflich, wenn der Regent die Erschütterungen von 1848, den Tag von Olmütz vergißt, den Gedanken einer möglichen Ausnutzung der politischen Situation dem bedrängten Österreich gegenüber von sich weist und sein lebhaftes Legitimitätsgefühl ihm nur einen gangbaren Weg zeigt, an Österreichs Seite in den Kampf gegen den zweiten Bonaparte? Als eine Beleidigung, sagt Gruner [1]) sicher mit Recht, konnte der Regent nur die Zumutung, sich mit Frankreich gegen Österreich zu verständigen, empfinden, als Pepoli Weihnachten 1858 in Düsseldorf dem Fürsten Hohenzollern Napoleons Vorschläge unterbreitet. Man darf nur des Regenten Brief an den Prinzen Albert vom 2. Februar 1859 [2]) lesen, um zu sehen, wie stark seine Sympathien auf der österreichischen Seite sind. Die scharfe Kritik von Sardiniens und Napoleons Verhalten geschieht vom streng legitimistischen Standpunkt. Wenn ein späterer Brief vom März 1860 [3]) den sardinischen Bestrebungen gegenüber einen wohlwollenderen Ton anstimmt, so stammen diese Argumente aus einer Zeit, wo die Stimmung der Regenten mehrfache Wandlungen durchgemacht hatte, und dürften kaum bezeichnend sein für seine Stellungnahme im Frühjahr 1859, wie es Berner [4]) annimmt. Wenn zu dieser Zeit etwas seine Hand

---

[1]) Deutsche Revue 1901. Bd. II. „Rückblick auf mein Leben." S. 345.

[2]) Aus dem politischen Briefwechsel des deutschen Kaisers mit dem Prinzgemahl von England. 1854—61. Gotha 1881. Perthes. S. 46. „Der Schein oder der Vorwand, welcher zum Kriege in Italien dienen soll, sind die Regierungsformen, welche die verschiedenen Gouvernements anwenden. Der wahre Grund ist aber Sardiniens Gelüst nach Vergrößerung" und S. 47: „Ein noch anderer Grund zum Kriege ist die Ansicht Napoleons, daß ein Napoleonide die Traktate von 1815 zerreißen müsse, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. Diesem Satz ist ganz einfach der entgegenzusetzen, daß alle anderen Staaten berufen sind, die Aufrechterhaltung dieser Traktate zu gewährleisten."

[3]) Ebenda S. 60.

[4]) Berner: Der Regierungsanfang des Prinzregenten von Preußen und seiner Gemahlin. Berlin 1902. Duncker. S. 112—13.

vom Degen zurückhält, so ist es die Gefahr eines europäischen Krieges und die deutlichen Bedenken, die der Prinzgemahl in der Korrespondenz mit dem Regenten in jenen Tagen laut werden läßt [1]). Auf Englands Billigung, geschweige Hilfe, durfte er nicht rechnen. Auch Gerlach ist ein Gewährsmann für die Bereitwilligkeit des Regenten, Österreich beizustehen, er schreibt am 20. März in sein Tagebuch [2]): „Der Prinzregent hat es für entschieden richtig erklärt, daß man Österreich, wenn es wirklich angegriffen würde, beistehen müßte;" am 22. März: „Der Prinz hielt den Generalen eine sehr kriegerische Rede" und am 23. März: „Rußland dringt auf einen Kongreß und soll, worüber der Prinz mit Recht triumphiert, sich entschieden für Haltung der Verträge ausgesprochen haben. Der Prinz ist sogar so weit gegangen, zu sagen, er hoffe auf Wiederherstellung der heiligen Allianz unter einem anderen Namen." Der Regent berührte sich also anfangs mit den Anschauungen der Reaktionäre in dieser Frage. Aber seine nächste Umgebung bestand nicht aus solchen Männern. Hier, in seiner Familie und in seinem Ministerium, stand er wie in der Öffentlichkeit einem Kreuzfeuer von Meinungen gegenüber. Die geistvolle Gemahlin war in diesen Monaten vor dem Ultimatum eine lebhafte Parteigängerin Österreichs, wie nicht nur Gerlach berichtet und Bismarck [3]) bestätigt, auch in weiteren Kreisen war sie als solche bekannt. Am 11. Februar schreibt Freiherr von Zedlitz an Cotta [4]), die Prinzeß von Preußen sei im höchsten Enthusiasmus für die österreichische Sache und die großdeutsche Auffassung. Sie sandte sogar nach Koburgs Bericht [5]) noch Anfang April ein Memoire nach London, um dort umzustimmen, in dem sie bis zum Gedanken der Erschütterung der regierenden Dynastie in Frankreich ging. Die Königin Elisabeth sympathisierte durchaus mit ihr. Sohn

[1]) A. d. polit. Briefw. u. s. f. S. 50.

[2]) L. v. Gerlach: „Denkwürdigkeiten." Bd. II. S. 653—54.

[3]) „Gedanken und Erinnerungen." Bd. I. S. 239.

[4]) Heyck: „Geschichte der Augsb. Allg. Zeitung." S. 294.

[5]) Ernst v. Koburg: „Aus meinem Leben." Berlin 1889. Hertz. Bd. II. (v. 25. IV.) S. 476.

und Schwiegertochter des Regenten erfuhren denselben zur Vorsicht mahnenden Einfluß Englands wie er selbst. Der Regent hatte einige seiner Getreuen aus dem Koblenzer Kreis um sich, Angehörige der Wochenblattpartei, wie Gruner, oder solche, die ihr nahe standen, wie Schleinitz, oder nahe gestanden hatten, wie Usedom und Pourtales. Die beiden letzteren und Bethmann-Hollweg, der vor allem das Vertrauen des Regenten besaß, gönnten Österreich eine Demütigung. Schleinitz, ein liebenswürdiger Weltmann, aber keine sehr entschlußkräftige Natur, wie ihn übereinstimmend Beust [1]), Herzog Ernst von Koburg [2]) und Gruner schildern, dachte ähnlich wie der Regent dem Napoleonischen System gegenüber, aber kühler und war fremden Einflüssen nicht unzugänglich, wie Gruner aus eigenster Erfahrung hervorhebt [3]). Er wird den starken schriftlichen und mündlichen Einwänden des Gesandten Bismarck gegen eine Österreich freundliche Politik sicher Gehör geschenkt haben und die in ihm dadurch geweckten Bedenken im täglichen Verkehr mit dem Regenten diesem nicht verborgen haben. Der pflichttreuen Natur des Regenten war es gemäß, im Widerstreit der Meinungen verschiedenste Stimmen zu hören, nicht nur in seiner Umgebung. Er hat, wie wir wissen, viele politische Flugschriften gelesen. Er schenkte den Zeitungen Aufmerksamkeit, wie aus seinem Briefe an den Prinzgemahl hervorgeht. Er hat auch in mündlicher Unterredung Erklärung und Belehrung gesucht. Wir wissen, daß er mehrmals im Januar und im März dem neuernannten preußischen Botschafter in Petersburg, Bismarck, eine Unterredung gewährte. Inwieweit ihm dieser seine Ansicht der Kriegsfrage auseinandersetzte, ist nicht bekannt, fremd war sie dem Regenten

[1]) Beust: „Aus drei Vierteljahrhunderten." Erinn. u. Aufzeichn. Bd. I. 1809—60. Stuttg. 1887. Cotta. Kap. 18. S. 221.

[2]) Ernst II. v. Koburg: „A. m. Leben." Bd. II. S. 454. (11—20. II.) „Er (Prinzregent) war für seine Person entschlossen, zu lavieren und zu temporisieren, und blieb diesem System auch nachher so lange wie möglich treu. In dieser Richtung wurde er insbesondere von Herrn von Schleinitz wesentlich bestärkt."

[3]) Deutsche Revue 1901. Gruner: „Rückblick auf mein Leben." Bd. III. S. 87.

keineswegs. Gruner bestätigt, daß Schleinitz ihm Bismarcks Berichte regelmäßig vorlegte. Sicherlich aber war die aller Gefühlspolitik fremde Stellung Bismarcks Österreich gegenüber dem Regenten eine fremde Erscheinung, der er sich noch versagte. Es waren zwei Wege aktiver Politik, die sich ihm eröffneten, im Anschluß an eine der beiden kriegführenden Mächte. Der einen Möglichkeit, Frontstellung gegen die Donau, wie es Bismarcks Sinn entsprochen hätte, worauf unten genauer eingegangen werden wird, hat sich der Regent konsequent verschlossen; die zweite Möglichkeit, Frontstellung gegen den Rhein an Österreichs Seite, war nur ins Auge zu fassen, wenn Preußen auf ein Einverständnis mit England verzichtete und dessen Opposition die Stirne bot. Ohne Einfluß auf die Haltung des Regenten ist die Bekanntschaft und Prüfung verschiedenster Ansichten nicht geblieben; er wird sie seiner Art gemäß erwogen und nachgesonnen haben, bis er den Standpunkt gefunden hatte, von dem allein aus er sein ganzes Leben hindurch Sicherheit und Widerstandskraft gewann — den Rechtsstandpunkt. Schwanken und Suchen gab es noch genug, aber in einem gewann er Sicherheit, für die Heiligkeit der Verträge von 1815 wollte und konnte er eintreten. Diese Verträge garantierten Österreich seine italienischen Besitzungen, sie wurden ihm zum Ausgangspunkt jeder versuchten Lösung der italienischen Frage. Durch seine Separatverträge hatte Österreich, wenn nicht sich ins Unrecht gesetzt, so doch einen Schritt außerhalb der Pflichten der Wiener Bundesakte getan, und Garantien für diese Verträge konnte Preußen ihm nicht zusichern. Mit dieser Erkenntnis war ein unbedingtes Eintreten für Österreich ausgeschlossen. Es kam erst von dem Moment an wieder in Frage, als es sich nach den Niederlagen wirklich um die Erhaltung von Österreichs realer Macht, nicht von deren Beiwerken, handelte. In einem vertraulichen Gespräch mit dem Regenten und Hohenzollern am 11. Februar, von dem Ernst von Koburg berichtet [1]), üben beide Kritik an den Separat-

[1]) Ernst II. v. Koburg: „Aus meinem Leben." Bd. II. S. 453.

verträgen und stellen für den Fall, daß Österreich zum Schutz gegen revolutionäre Bewegungen in den italienischen Staaten eingreife und dabei auf piemontesische und französische Truppen treffe, Preußens Hilfe durchaus in Abrede. Mit dem Gedanken einer Entschädigung Preußens für etwaige Österreich gebrachte Opfer scheint der Regent schon vertrauter. Beust [1]) hat nach einer Unterredung mit ihm Anfang April den Eindruck, nur unter gewissen Voraussetzungen werde Preußen Österreichs Sache zu der seinen machen.

Wir kehren zurück zum Anfang des Jahres 1859. Auf die parlamentarischen Erklärungen folgte eine Phase diplomatischer Rundschreiben. Dem Cavourschen vom 4. Februar entsprach das Wiener vom 5. Februar [2]), das, an die übrigen deutschen Regierungen mit Ausschluß Preußens gerichtet, nach einer Verteidigung in einer österreichischen Zeitung Preußen deshalb ausschloß, weil diese Macht in Österreich beleidigenderweise die Initiative ergriffen habe und vermittelnd aufgetreten sei. Die Note enthielt einen energischen Protest gegen eine Wiederholung des Rheinbundes und betonte die Notwendigkeit der Bundeshilfe als einfacher Bundespflicht. Die sehr abkühlende preußische Note vom 12. Februar [3]) machte dem Wiener Kabinett wie der Öffentlichkeit die lediglich vermittelnde Stellung Preußens klar. Eine große Aktion wies Preußen damit von sich, aber seine Stellung war nun gesichert. Als deutscher Bundesstaat erkannte es nur defensive Verpflichtungen an, solange Österreich nicht in seinem Besitz angegriffen war, und als europäische Großmacht schloß es sich den neutralen Mächten an. Allen Demonstrationen gegenüber, wie sie in Nassau, Hannover, Württemberg und Bayern von Freunden des Kaiserstaats organisiert wurden, verhielt sich die preußische Regierung durchaus ablehnend und warnend. Cowleys Sendung im Februar, ein Vermittlungsversuch Englands, hatte zum Ziel, Österreich zu Modifikationen seiner Separatverträge

---

[1]) Beust: „Aus drei Vierteljahrhunderten." Bd. I. Kap. 18. S. 221.
[2]) Preuß. Zeitg. v. 18. II. 1859.
[3]) Ebenda 3. III.

und eventuellen Reformen im österreichischen Italien anzuregen. Cowley hat in seinem Brief an Malmesbury [1]) seine Mission als durchaus erfolgreich bezeichnet, er fand Buol zu Konzessionen geneigt. Da sei der russische Kongreßvorschlag vom 18. März [2]) dazwischengekommen und damit die Unterhandlung in eine neue Phase getreten. In Wahrheit lehnte Österreich überhaupt Englands Vermittlung wie den russischen Kongreßvorschlag deshalb nicht rundweg ab, um nicht vor Europa als Friedensbrecher dazustehen; täuschen ließ sich das Wiener Kabinett nicht, es wußte, wo einzig die Entscheidung lag. Abgesehen von der Frist, die er Frankreich zu wirksamen Rüstungen gewährte, bot der Kongreß Österreich wenig Chancen für einen günstigen Ausgang, außer wenn, was ausgeschlossen schien, er sich für Österreichs Besitzstand verbürgte. Wie die Dinge lagen, war eine moralische Niederlage Österreichs vorauszusehen, und der Kaiserstaat hätte sich zu zeitgemäßen Reformen bereit erklären müssen. Es war ein Scheinmanöver, auf das Frankreich und Österreich eingingen, dem aber Napoleon mit guter Miene zusehen konnte; er gewann Zeit, er konnte durch bereitwilliges Eingehen auf die Kongreßvorschläge die Großmächte für sich günstig stimmen, d. h. dazu, in dem zweifellos nahen Krieg neutral zu bleiben. Wie vorauszusehen, machten sich dem Kongreßvorschlag gegenüber große Schwierigkeiten geltend. Die erste derselben bereitete Cavours Anspruch (Depesche vom 21. März) auf Beteiligung Sardiniens. Demgegenüber erhob Österreich den Anspruch auf Entwaffnung Sardiniens vor dem Kongreß. Am 22. März unterbreitete Baron Brunnow, der russische Bevollmächtigte in London, Malmesbury die Basis des modifizierten russischen Vorschlags, dem dieser noch den Punkt der Aufrechterhaltung der 1815er Verträge beifügte. Obwohl Österreich den Antrag auf Entwaffnung Sardiniens, den dieses, von Frankreich unterstützt, als beleidigende Zumutung abwies,

---

[1]) Ann. Rep. S. 89. Siehe auch Bericht Malmesburys im Oberhaus ebenda.

[2]) In der Preuß. Zeitg. abgedruckt am 24. III. 1859.

in einen solchen der Entwaffnung aller Großmächte verwandelte, rückten die Vorverhandlungen keinen Schritt vorwärts, und die Debatten, denen gleichzeitig Friedensversicherungen und fortgesetzte Rüstungen zur Seite gingen, wurden immer resultatloser. Einer sehr feindseligen russischen Abänderung des Kongreßvorschlages [1]) auf Ausschluß Österreichs vom Kongreß auf Grund seiner Einwendungen versagten sich Preußen und England durchaus, umsomehr als diese Tatsache ein stets wachsendes Einvernehmen Rußlands und Frankreichs bestätigte.

Inzwischen weilte der Erzherzog Albrecht vom 12. bis zum 20. April in Berlin. Seine Sendung benachrichtigte das preußische Kabinett von dem Vorhaben Österreichs zur Sommation Sardiniens, sollte zugleich die Gründe auseinandersetzen, die den Wiener Hof zwangen, sich nicht länger hinhalten zu lassen. Die preußische Regierung stand einem festen Entschluß gegenüber, den sie an sich vielleicht nicht billigte, dessen Motiven sie aber kaum ihre Anerkennung versagen konnte. Nach der Rolle, die Preußen einige Monate durch in den Verhandlungen der Mächte gespielt hatte, auf der Basis der Vermittlung, konnte Österreich nicht darauf rechnen, hier einen willfährigen Bundesgenossen zu finden. Aber den Eindruck nahm der Erzherzog gewiß mit hinweg, daß Preußen ein Zu-Boden-werfen Österreichs nicht dulden werde. Beust und Herzog Ernst von Koburg, die sich zur selben Zeit in Berlin aufhielten, hatten beide damals die Sicherheit gewonnen, daß Preußen Österreich im schlimmsten Falle nicht verlassen werde. Das Ultimatum fiel dann mit der Erklärung der Kriegsbereitschaft dreier preußischer Armeekorps zusammen. Offiziell bemühte sich die preußische Regierung, dies als einen Zufall hinzu-

[1]) Siehe Ann. Rep. Publ. Documents. S. 249. Circular to Her Majesty's Min.'s abroad v. 4. V. 59. „I may mention that in an earlier stage of the negociation, Her M.'s Gouvernement and that of Prussia refused to entertain a suggestion made by the Cabinet of St. Petersburg that in consequence of the hesitation of that time shown by Austria, England, France, Prussia and Russia should hold a congress on the affairs of Italy without her participation."

stellen [1]). Dem widerspricht das eigene Wort des Regenten, der in dem Brief an Ernst von Koburg vom 27. September 1859 [2]), in welchem er das Fazit seines Verhaltens während des Krieges zieht, sagt: „In derselben Minute habe ich die Kriegsbereitschaft unterzeichnet," also den Zusammenhang betont. Gewiß dürfen wir überzeugt sein, daß der Regent, wie wir in einem Briefe an Natzmer lesen [3]), seine schweren Bedenken gegen den Schritt Österreichs laut werden ließ; da aber der Kaiserstaat unbeugsam blieb, erfüllte er die Pflicht, zu der ihn eine traditionelle Freundschaft für Österreich und die Stellung Preußens als deutscher Bundesstaat veranlaßte. Die Betonung, daß die Maßregel eine rein defensive sei [4]), entsprach genau der Wahrheit. Der Regent hat außerdem, kurz nachdem er des österreichischen Ultimatums gewiß geworden war, noch einen Versuch zur Anbahnung der Koalition mit England gemacht, wovon auch die halb offiziöse Preußische Zeitung zu berichten weiß [5]), zweifellos im österreichischen Interesse. Der Plan scheiterte und zwar, wie Usedom Bernhardi im April berichtet [6]), weil England auf seiner Neutralität beharre und sich weigere, im Kriegsfall auch nur die deutschen Küsten zu schützen. Ernst von Koburg erzählt auch von einer ähnlich lautenden Anfrage des Regenten, die in London keine Gegenliebe fand [7]).

---

[1]) Preuß. Zeitung, Leitartikel v. 23. IV. 1859 und Extrablatt v. 24. IV. „Die Königl. Staatsregierung hat gegen das Vorgehen Österreichs gegen Sardinien die lebhaftesten Vorstellungen erhoben."

[2]) Ernst II. v. Koburg: „Aus meinem Leben." Bd. II. S. 525.

[3]) v. Natzmer: „Unter den Hohenzollern." IV. Bd. 1889. S. 268. Prinzregent a. N. v. 26. April 1859. „Wir stehen am Wendepunkt neuer Welteregnisse, wenn Österreich nicht noch in der zwölften Stunde den sehr ernsten Vorstellungen der vier Großmächte nachgibt und den Kongreß ohne Bedingungen annimmt."

[4]) Verhandl. des Hauses der Abgeordneten 1859. 42. Sitzung v. 28. IV. 1859.

[5]) Preuß. Zeitung v. 11. April. Leitartikel.

[6]) v. Bernhardi: „Tagebücher." Bd. III. Leipzig 1894. Hirzel. 29. IV. S. 199.

[7]) Ernst II. v. Koburg: „A. m. Leben." Bd. II. S. 475 (20. IV. b. 3. V.)

B. Bismarck und die Kriegsfrage

Daß Bismarcks Stellung zur Kriegsfrage hier wie ein Zwischenglied zwischen die Betrachtung der preußischen Regierungspolitik und die der öffentlichen Meinung eingeschoben wird, ergibt sich wie von selbst [1]). Die äußere Politik des Berliner Kabinetts wurde in ihren Maßnahmen 1859, wie wir im folgenden untersuchen werden, von Bismarck nicht gebilligt. Seine amtliche Stellung aber nahm ihm die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung. Auch diese hätte ihn unter den Politikern jener Tage isoliert erscheinen lassen. Die allgemeine Ansicht ist die, daß Bismarck, wenn auch von einem anderen Sehwinkel aus, im ganzen die neutrale Haltung seiner Regierung billigte, eine Ansicht, die hauptsächlich ihre Bestätigung in dem berühmten Briefe an den Minister Schleinitz vom 12. Mai 1859 findet [2]). Im folgenden soll versucht werden, zu beweisen, daß Bismarck, wenn er diese Politik seiner Regierung scheinbar befürwortete, eben nur von zwei Übeln das kleinere wählte, und, selbst an leitender Stelle, einer aktiveren Politik geneigt gewesen wäre. Bismarck hatte 1859 genau acht Jahre das Amt eines preußischen Bundestagsgesandten inne und zur Beurteilung seiner Stellungnahme zum italienisch-österreichischen Krieg fallen diese Jahre, als die der Wandlung aus einem Freunde zu einem Feinde Österreichs, schwer ins Gewicht. Bismarcks Korrespondenzen aus diesen Jahren, die Jahrbücher, der Briefwechsel mit Gerlach, allen voran die Publikationen aus dem preußischen Staatsarchiv, beweisen seinen wachsenden Groll im aussichtslosen Kampf gegen einen unverbesserlichen Gegner, gegen Mißtrauen und Übelwollen, gegen heimliche und offene Schädigung preußischer Interessen durch den Kaiserstaat, einen Kampf, der so lange aussichtslos bleibt, bis er mit anderen Waffen auf anderem Felde ausgefochten wird. In jeder inner- und außerpolitischen Frage beweist er unermüdlich, daß Österreich Preußens Gegner

[1]) Siehe dazu auch „Vorwort".

[2]) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen Bd. II. S. 287.

ist und sein muß auf Grund seiner natürlichen Interessen. Österreich will die Bundeskompetenzen erweitern, um Preußen majorisieren zu können, es strebt nach Gesamteintritt seiner Länder in den Zollverein, um Preußen dort lahmzulegen, sich selbst aber wirtschaftlich aufzuhelfen; es strengt zu diesem Zwecke alle Kräfte an, Presse, Ultramontanismus, Bestechung u. s. w. In der Korrespondenz mit Gerlach weist Bismarck [1]) in starken Worten dessen Gefühlspolitik zurück, hier kann nicht mehr vom Bruderstaat, sondern nur vom Rivalen die Rede sein. Eine Entscheidung ferro ignique sieht er schon 1856 nicht allein voraus („ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht allzulanger Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge keinen anderen Ausweg hat." (B. a. Mant. 26. April 1856. Bism. Jahrb. III.) Er ersehnt geradezu die Gelegenheit dazu.

Kühl und feindselig steht er der Organisation des Deutschen Bundes gegenüber. Stets ist der mißtrauische Blick der Klein- und Mittelstaaten auf die Karte gerichtet. Die Gesamtrichtung der preußischen Politik steht ihren Souveränitätsinteressen im Wege und eine gemeinschaftliche deutsche Politik ist unmöglich. Die Denkschrift vom März 1858 [2]) spricht es aus: „Die Kämpfe widerstreitender Interessen, welche von einer weiteren Ausbildung des Bundes unzertrennlich sind, werden denselben lockern und früher oder später sprengen" und „die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar nicht existierte." Er ist ihm eine lästige Fessel am Fuße Preußens, die je früher je besser zerrissen wird. Erst dann wird Preußen die Arme frei bewegen können. „Bündnisse sind der Ausdruck gemeinsamer Interessen und Absichten" [3]). Darum ist ein Bündnis mit dem Rivalen Österreich unmöglich. Aber auf den Schwerpunkt seines eigenen

[1]) Gedanken und Erinnerungen Bd. I. S. 156—190 und Bismarcks Briefe an Leop. v. Gerlach S. 324 ff.

[2]) Preußen i. Bundestag 1851—59 (Publ. a. d. Preuß. Staatsarchiv) Bd. IV.

[3]) Gedanken und Erinnerungen Bd. I. S. 159.

Gewichts zurückgezogen, wird Preußen Kräfte finden, denen Österreich keine gleichartigen entgegenstellen kann. Seit seinen Pariser Besuchen von 1855 und 1857 weist Bismarck unablässig auf die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich hin. Er ist wohl der einzige deutsche Politiker jener Zeit, der den Kaiser Napoleon ohne Haß und ohne Liebe, nur als einen wichtigen Faktor auf dem Schachbrett europäischer Politik betrachtet. Er, der einem älteren Jahrzehnt als Gerlach entstammt, hat für den 1813er Begeisterungstaumel kein Verständnis. Er sucht nicht in Sympathie oder Antipathie den Maßstab für seine Politik, sondern in der Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen. Als Franzosenfreund war er längst in weiten Kreise bekannt, Gerlach [1]), Alvensleben, Gruner betonen das übereinstimmend. Aber auch die Öffentlichkeit bezeichnete ihn so, schrieb man ihm doch, wie Herzog Ernst von Koburg [2]) und Gerlach [3]) berichten, die Autorschaft der franzosenfreundlichen Broschüre Rößlers „Preußen und die italienische Frage" zu, zu deren Ansichten er sich auch gern bekannte. Auch die Münchener ultramontanen historisch-politischen Blätter bezichtigen ihn (22. April) der Verfasserschaft „mit seiner erklärten Passion für Napoleonischen Absolutismus". Fischel in seiner großdeutsch aufflammenden Broschüre „Brennuszug und Moskowitertum" brandmarkt eine franzosenfreundliche Politik als gleich der des Herrn von Bismarck. Mindestens den Schein freundlicher Beziehungen zu Frankreich verlangt Bismarck von seiner Regierung, durch den Schein oder die Wirklichkeit intimerer Beziehungen zu Frankreich *muß* Preußen hindurch. In dem glänzenden Memoire vom 18. März 1857 [4]) führt er beredsam einer französisch-preußischen Allianz das Wort. Sie macht frei von

[1]) Nur *eine* diesbezügliche Notiz Gerlachs aus einer ganzen Reihe: (Denkwürdigkeiten II. S. 658. 29. IV. 59.) „Bei dem allen ist Bismarck Gesandter in Petersburg, dessen Politik ein Wettlauf Preußens und Österreichs um die französische Allianz ist."

[2]) Ernst II. v. Koburg: „Aus meinem Leben." Bd. II. S. 512 ff.

[3]) Gerlach: „Denkwürdigkeiten." Bd. II. S. 655.

[4]) Poschinger. Publ. a. Preuß. Staatsarch. Bd. IV.

Österreichs unerträglichen Ansprüchen, und wird den Mittelstaaten die nötige Furcht einflößen, sie wird ein wichtiger Faktor in der europäischen Politik sein, eine Bürgschaft des Friedens, sie vertagt das russisch-französische Bündnis oder sichert mindestens Preußen eine ehrenvolle Teilnahme daran. Dieselben Erörterungen, fast wörtlich, finden sich in Bismarcks langem Schreiben an Gerlach vom 30. Mai 1857 [1]: „Ich habe eine solche Allianz auch nie als etwas von uns zu Erstrebendes hingestellt, sondern als eine Tatsache, die wahrscheinlich früher oder später aus dem jetzigen décousu hervorgehn wird, ohne daß wir sie hindern können, mit der man also rechnen, über deren Wirkungen wir uns klar machen müssen." Bismarck sah also längst mit Sicherheit den Kampf Preußens mit Österreich um seine Existenz und die Sprengung des Bundes voraus. Diesen Wandlungen wünschte er durch ein französisch-preußisches Bündnis zu begegnen. Die Möglichkeit herbeizuführen war er seit 1855 bestrebt. Bismarck stand 1859 nicht an leitender Stelle, aber er war nicht ohne Einfluß auf diese. Er hat diesen Einfluß auszuüben versucht auf die maßgebende Persönlichkeit, die dem Prinzregenten nahe stand, Schleinitz. Dieser ermunterte ihn, wie schon oben erwähnt, zu für ihn praktisch und theoretisch wichtigen Mitteilungen [2], die von ihm zu heilsamen Einwirkungen verwendet werden könnten. Daß Bismarcks Privatbriefe in dieser ganzen Zeit zahlreich waren, erwähnt Schleinitz selbst in seinem Antwortschreiben vom 24. Juni 1859 [3]. Auch Gruner berichtet von vielen Briefen Bismarcks an Schleinitz, die von diesem regelmäßig dem Regenten vorgelegt worden seien.

Es ist interessant, zu erwägen, welcher Art diese Einwirkungen waren und wie Bismarck die gegebene Situation ausgenutzt haben würde. Zu einer aktiv gegnerischen Politik Österreich gegenüber wäre er sicher bereit gewesen. Konnte

[1] Gedanken und Erinnerungen Bd. I. S. 183.
[2] Anhang zu den Ged. u. Erinn. Bd. II. Brief v. 13. XI. 1858. S. 280.
[3] Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen Bd. II. S. 298.

er mit Konzessionen am Bund zufrieden sein, er, der dessen Sprengung voraussah und herbeiwünschte? „Mein Gedanke war, immerhin zu rüsten, aber zugleich Österreich ein Ultimatum zu stellen, entweder unsere Bedingungen in der deutschen Frage anzunehmen oder unseren Angriff zu gewärtigen," sagt er in den Gedanken und Erinnerungen (I, S. 282). Also Frontstellung gegen die Donau. Entsprechend schreibt er an Gruner (Deutsche Revue 1898, Okt.) am 17. Februar 1859: „In der Tat, wenn wir nicht entschlossen sind, gutwillig unseren Strang zu ziehen, so müssen wir schon in den früheren Stadien eine Haltung annehmen, der gegenüber anderen der Mut verginge, uns maßregeln zu wollen." Gruner berichtet weiter aus einem Gespräch mit Bismarck in Berlin im September 1859, als Bismarck eine sehr übellaunige Kritik des italienischen Krieges gab, wie er ihn fragte: „Hätten wir Österreich angreifen und ihm Böhmen abnehmen sollen?" — „Nun," antwortete Bismarck, „wenn man auch nicht das Beste erreichen konnte, so hätte sich doch vielleicht Geringeres erreichen lassen." Eine Frontstellung gegen Österreich wäre aber 1859 gleichbedeutend mit einer Annäherung Preußens an Frankreich gewesen.

Nach diesem ist es wohl gestattet, sich Bismarcks Verhalten zu konstruieren. Er kam [1]) am 11. Januar 1859 nach Berlin, hatte nach Gerlachs Tagebuch am 18. Januar eine erste Audienz bei dem Regenten, eine zweite am 26. Januar [2]). Ein zweiter Aufenthalt Bismarcks in Berlin dauerte vom 7. bis zum 23. März. Am 8. März wieder eine Audienz beim Regenten. Welche Maßnahmen hätte nach seinem Sinn die preußische Regierung treffen sollen? 1. Kriegsbereitschaft. 2. Drohende Haltung Österreich gegenüber und Annäherung an Frankreich. Dies Ziel erreicht, wäre 1866 eben einige Jahre früher eingetreten. Denn vorausgesetzt, Österreich hätte in seiner Notlage große Konzessionen gemacht, so würde es früher oder später Rache mit bewaffneter Hand genommen

[1]) Siehe Regesten.
[2]) Siehe ebenda.

haben. Der wahrscheinlichere Fall war, daß Österreich nicht nachgab, bis zur Vernichtung unterlag, und alle deutschen Elemente von Ost und Süd den natürlichen Anschluß an Preußen wohl oder übel gesucht hätten. Eins hat Bismarck bald erkannt, dies Ziel war nicht erreichbar; nicht die Situation machte es unmöglich, sondern die maßgebenden Persönlichkeiten. Der Regent stand, wie der Beweis bereits erbracht ist, einer solchen Politik ganz fern, der überhaupt nur Einzelne zu gewinnen gewesen wären. Schleinitz gegenüber mag Bismarck im Anfang des Jahres eine deutlichere Sprache gesprochen haben. Zur Durchführung dieser Politik fehlte der Mann. Aber Bismarck hat zu aller Zeit, wenn sich das Größte nicht erreichen ließ, das Kleinere nicht verachtet. Was aber ließ sich erreichen? Wenigstens nicht bedingungsloses Eintreten für Österreich, besser noch gar nichts tun, als mit sehenden Augen den größten politischen Fehler machen. Das Resultat also: Neutralität. Dafür konnte man den Regenten und seinen Minister, jeden von seinem Standpunkt aus, gewinnen. Und für Bismarck gab es, nun er klar sah, nur *eine* Aufgabe — diese Neutralität zu erhalten. Und nur so allein ist sein beistimmender Brief an Schleinitz vom 12. Mai 1859 aufzufassen. So erklärt sich in dieser Zeit auch das von Gruner so oft ins Feld geführte Lob des Ministers [1]), der sich eben wenigstens einem Teil der Argumente Bismarcks, soweit sie mit seiner Politik der Vorsicht in Einklang gebracht werden konnten, nicht verschloß. Zum mindesten wurde er in einer zurückhaltenden und hinhaltenden Politik auch zur Zeit, als Preußen gegen Bismarcks Wunsch in die Aktion zu treten gewillt war, bestärkt, wie im späteren noch ausgeführt werden wird. In den Gedanken und Erinnerungen rechnet Bismarck die Politik der preußischen Re-

[1]) Bism.-Jahrbuch V. 1898. Bism. a. Leg.-Rat Wentzel a. 1. VII. 59. „Meine Hoffnung ist Schleinitz, der Repräsentant des gesunden Menschenverstandes" und vom 3. II. 1860. „Mit Schleinitz hinter sich muß man doch mehr Luft zur Sache bekommen, als mit dem früheren flauen Wind im Rücken."

gierung vom Jahre 1859 unter die versäumten Gelegenheiten [1]). (Gedanken und Erinnerungen Bd. I. S. 281.)

C. Die deutsche Publizistik bis zum Ultimatum

Die deutsche Publizistik, wie sie 1859 in Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren tadelnd, lobend, Ziele weisend sich vernehmen läßt, war nicht nach den politischen Parteien zu gliedern, weil keine derselben ein festes Programm in den beregten Fragen besitzt, weil in jeder Partei der eigenen Fahne scheinbar Abtrünnige sich befinden. Sondern ließen sich diese Stimmen am leichtesten nach der Stellung, die sie zur deutschen Frage nehmen, in Großdeutsche, Kleindeutsche und Preußische [2]). Innerhalb dieser drei Gruppen begegnen sich, wiewohl nie zuvor und nachher, Angehörige der extremsten Parteien, die in keiner anderen Hinsicht Meinungsgenossen, in dieser Frage Zielgenossen sind. Die Wechselfälle des Krieges waren auf diese Parteiaspirationen von größter Wirkung.

[1]) Vgl. auch Mitteilungen des Gen. v. Alvensleben in der Kreuzzeitung v. 27. 9. 1903 (N. 453, Beilage 2).

[2]) Ich habe hier hinzuzufügen, daß ich den Begriff „großdeutsch" etwas weiter als vielleicht üblich gefaßt habe. Ich weiß, daß er im bestimmten Gegensatz zu „kleindeutsch" entstanden ist, in dem Sinne wie ihn auch die Frankfurter Parlamentsredner brauchten, so daß die beiden Bezeichnungen den Antagonismus von Österreich und Preußen enthalten. Bei dieser Bedeutung von großdeutsch konnte ich nicht bleiben, da mir in meinem Material von 1859 entgegentrat, wie weit die Zeitgenossen den Ausdruck faßten. Als großdeutsch bezeichnen sich — und daran glaubte ich mich halten zu müssen — nicht nur die Anhänger des reaktionären Österreichs Metternichschen Systems, sondern auch die Wortführer für liberalen Fortschritt in Österreich, gleicherweise, ob sie dabei in dualistischer Form zwei koordinierte Großmächte am Bunde erstrebten, oder die Hegemonie des konstitutionell umgestalteten Kaiserstaates; noch mehr — auch die nennen sich großdeutsch, die eine Zertrümmerung Österreichs und anschließend Anschluß seiner deutschen Teile an den Bund (Bucher, Berg, Rodbertus, Vogt) wünschen oder vorauszusehen glauben. So ergaben sich drei Unterabteilungen der Großdeutschen: Reaktionäre, Liberale und Demokraten.

Die großdeutsche Begeisterung nimmt seit dem Ultimatum und mit den Niederlagen Österreichs stark ab, von da ab erscheint die italienisch-österreichische Kriegsfrage immer enger mit der deutschen Frage verknüpft. Zugleich wächst die wohlwollende Beurteilung der preußischen Haltung stetig und mit Abschluß des Krieges hat das Kleindeutschtum den Vorrang.

1. Kapitel. Die großdeutsche Publizistik

Die großdeutsche Partei erscheint im ersten Drittel des Jahres 1859 als die an Zahl gewaltigste. Die außerpreußische Presse gehört ihr mit Ausnahme weniger Einzelstimmen an, und sie zählt auch in Preußen Verteidiger. Die Partei hatte in ihrer publizistischen Wirksamkeit etwas vor den übrigen Parteien voraus, weil sie fortwährend an elementare Empfindungen des Volkes appellieren konnte, an den an sich vagen Begriff des Deutschtums, des Zusammenfassens germanischer Kräfte gegen einen welschen Feind. Sie konnte sich in einer Zeit erstarkenden nationalen Bewußtseins gewisser Schlagworte bedienen, sie weckte lebhaft die Erinnerung an 1806 und 1813 und überbrückte so rein äußerlich die gewaltigsten Gegensätze. Denn ihr letztes Ziel war ein politischer Grundfehler, das Ziel, zwei Großmächte einer utopistischen Einheit unterzuordnen, ohne Verständnis für einen Kampf, der ein dynastischer, politischer, konfessioneller und wirtschaftlicher war seit den Tagen des Großen Kurfürsten, der zuweilen zurückgedrängt, aber nicht aus der Welt geschafft werden konnte, außer durch vollständiges Ausscheiden des einen Staates oder durch seine freiwillige oder unfreiwillige Unterwerfung unter den Machtkreis des anderen. Dazu konnte es 1859 nicht kommen, denn noch fühlte Österreich die alte Tradition des führenden Kaiserstaates, der auf starke Sympathien zählen durfte, und lebenskräftig und hoffnungsvoll lag gerade jetzt die Zukunft vor dem Staate und der Dynastie Friedrichs des Großen.

In den zwei ersten Monaten des Jahres beherrscht die Furcht vor französischer Invasion weite Kreise durchaus, und es würde ein Irrtum sein, aus diesem stürmischen Drängen

zum Kampf am Rhein lediglich großdeutsche Begeisterung herauszuhören. Viele große norddeutsche Zeitungen stoßen eine Weile angstvoll in die Kriegsposaune, bis ihnen der Friede schließlich nicht mehr so sehr bedroht erscheint und sie zu ruhigeren Erwägungen kommen. Es ist begreiflich, daß diese Furcht im Rheinland am stärksten zum Ausdruck kommt, die Kölnische Zeitung, gut preußisch sonst, erhebt ihre Stimme, als ob es wieder in den Befreiungskrieg ginge. Die ganze Sorge vor französischer Annexion faßt Leue zusammen in der Broschüre: „Preußen und Österreich gegen Frankreich." Wie ein Schreckgespenst wird in pathetischer Sprache der neue Welteroberer geschildert, der erst am Po, dann am Rhein die uneinigen Brüder niederwirft.

Ähnlicher Stimmung entsprang eine süddeutsche Flugschrift: „Einige flüchtige Bemerkungen zur endlichen radikalen Lösung der schwebenden Zeitfrage" (München, Lentner), eigentlich nur eine große Anklageschrift gegen den Mann, der uns in die Zeit des Faustrechts zurückschleudern will, den vertragsbrüchigen Napoleon, und gegen die unbegreifliche Verblendung und Verzagtheit des außerösterreichischen Deutschlands, speziell Preußens, und des sonst so politisch klugen Englands, die durch matte, wirkungslose Palliativmittel der „Pariser Pestbeule" begegnen [1]).

Eine andere Broschüre: „Darf Deutschland ruhig zusehen, wie Österreich ungerecht angegriffen wird?" bezeichnet sich als eine Stimme aus dem deutschen Norden, teilt aber jedenfalls den allgemeinen süddeutschen

---

[1]) „Bei dieser faktischen Sachlage muß es aber gewiß lediglich der fast grenzenlosen rücksichtsvollen Langmut Österreichs, der unbegreiflichen Verzagtheit von Seite der meisten anderen Regierungen Deutschlands, und endlich dem Gefühl augenblicklicher äußerster Schwäche und Erschöpfung des sonst so klar sehenden, eifersüchtigen Englands beigemessen werden, wenn man sich demunerachtet zu dem Versuch herbeiläßt, mit jenem Mann, welcher soeben erst prinzipiell erklärt hat, Verträgen für sich durchaus keine bindende Kraft zuzugestehen, zur Beilegung der schwebenden Differenzen, dennoch in Unterhandlung zu treten und aufs neue Verträge abzuschließen."

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Begeisterungsrausch für das prächtige Schauspiel eines einigen ungeteilten Deutschlands, wie es ein gemeinsamer Franzosenkrieg bieten würde. Neben diesen patriotisch feurigen stehen dann noch wirtschaftliche Erwägungen, in denen die Notwendigkeit der Lombardei für Deutschland und die Wichtigkeit der österreichischen Handelswege für den deutschen Handel betont wird. Im ganzen etwas hochtönendes Pathos und viel unbewiesene Behauptungen, besonders in Bezug auf Napoleons Absichten auf die Rheingrenze [1]). Diese von der Annexionsfurcht eingegebenen Ideen sind gar nicht als Großdeutschtum zu fassen, innerpolitische Ziele werden hier überall kaum gestreift.

Die Elemente des Ultramontanismus mußten die Gefahr, die der Vormacht des Katholizismus, dem Staat des Konkordats, drohte, als eine im eigenen Lager empfinden, ihnen bedeutete Österreichs Unterliegen den politischen Vortritt des protestantischen Preußens. Aus diesem Lager kommen um diese Zeit *vor* Kriegsausbruch mehrere Stimmen mit ausgeprägt österreichfreundlicher Tendenz. Und doch kennen diese Pamphletisten im Grunde keine österreichische und keine italienische Frage, sondern nur eine römische. Darin liegt die starke und zugleich schwache Seite ihrer Parteinahme, auf die Österreich so lange rechnen durfte, als der päpstliche Stuhl in seinen Rechten gefährdet schien; als mit fortschreitender Zeit diese Sorge sich als überflüssig erwies, als der gefürchtete Bonaparte sich geneigt zeigte, mit den Klerikalen zu unterhandeln, erblaßt sie. Darum auch zu Anfang der kriegerischen Verwicklung eine größere publizistische Teilnahme von klerikaler Seite. Die Flugschrift: „*Der Kreuzzug gegen die Welschen*“ (Freiburg, Herdersche Buchhandlung; in vierter Auflage in München bei Christoph Kaiser erschienen) von Alban Stolz erlebte vier Auflagen und ist an sich eigenartig im Stil. Der Autor, Badener von Geburt, nach überwundenen Gewissenskämpfen einer freiheitlichen Periode seit 1833 ka-

[1]) Siehe S. 22: „Den Rhein als Grenze des französischen Kaiserreichs verlangt nach französischer Anschauung die Machtstellung Frankreichs, verlangt seine Ehre, fordert sein materielles Interesse.“

tholischer Priester und zeitweilig Professor der Pastoraltheologie in Freiburg, ist als katholischer Volksschriftsteller in Süddeutschland nicht unrühmlich bekannt, sein „Kalender für Zeit und Ewigkeit" war auch manchem Protestanten lieb. Alban Stolz besaß die eigentümliche Gabe, derb volkstümlich und packend zu schreiben, und darin liegt ein gewisser Reiz auch dieser kleinen Flugschrift. Er *will* nicht populär schreiben, sondern er kann nicht anders, und gewiß war er einer großen Wirkung auf die Masse sicher. So spricht man von politischen Vorgängen zu Kindern und zum kindlichen Sinn des Volkes. Die Roten (Franzosen) und die Grünen (Russen) zwingen mit ruchlosem Mutwillen Österreich in den Krieg, einen Kreuzzug. So stürzt sich eine Räuberbande auf das Haus einer friedlichen Familie, und „der Nachbar hilft nicht?" Daran schließt sich dann die Bitte um eine offene Hand und um Gebet. In dem ultramontanen Augsburger Dollschen Verlage erschien die Flugschrift: „*Die italienische Frage im Jahre* 1859" (in die Sammlung der Civilta cattolica aufgenommen). Sie behandelt ganz einseitig die für Papst und Konkordat aus diesem Kriege erwachsende Gefahr. Im Kampf gegen Aufklärung, die hier gleichbedeutend mit Revolution ist, liegt aber die einzige Rettung bei der Trägerin des konservativen Elementes, der Kirche. Die weltliche Macht des Papstes muß erhalten bleiben, damit die Kirche ihre Heilkraft nicht einbüße [1]).

In diesem Geiste die stärkste Parteinahme bieten die von Phillips und Görres herausgegebenen „*Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland*",

[1]) „Die Vorsehung hat den Vater der Christenheit durch die ihm gewordene hohe Sendung erhoben, und die Achtung und Verehrung, welche ihm von katholischen Mächten zu teil wird, steht ihm in allen diesen Fragen schützend zur Seite. Durch seine Stellung als Vater aller Christgläubigen steht er über den Nationalitätsfragen und wird nur bei großen Völkerrechtsverletzungen seine Stimme erheben. Im Innern würde es ihm ein leichtes sein, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wenn nicht von außen her die friedliebenden Bewohner des Kirchenstaates durch Revolutionäre aufgestachelt würden."

die im 43. Jahrgang damals in München erschienen [1]). In oft höchst eindrucksvoll pathetischer Sprache wird Napoleon als der Antichrist, sein Regiment als Autokratie der bösesten Leidenschaften aufgefaßt. Gründlicher Preußenhaß spricht aus dem bitteren Spott über den Einheitsjubel und die phrasenhafte Thronrede, wie Petrus verleugnet Preußen den Bruderstaat. Es ist ein leidenschaftliches Aufrufen der öffentlichen Meinung gegen den Protestantismus mit seiner ketzerischen Aufklärung, gegen den modernen liberalisierenden Staat, gegen die kirchenfeindliche Zeitphilosophie. Aus demselben Lager stammt die Flugschrift: „Preußen und Deutschland 1859", in München erschienen. Hier wird direkt der Grundfehler von Preußens Napoleonismus und Vaterlandsverräterei im Einfluß des Protestantismus gesucht.

Als ein klerikales Blatt ganz bestimmter Richtung erscheint die Augsburger Postzeitung jener Tage. Sie war das Organ einer rein kirchlichen Partei, die eine religiöse Politik in der innersten Überzeugung von der alleinselig-

[1]) Einige Proben der Tonart dürften von Interesse sein. Aus der Neujahrsbetrachtung: „Der vielgelästerte Ultramontanismus ist es, der die heilige Flamme der germanischen Staatsidee vor den Wasserströmen der Zeitphilosophie gerettet und auf dem Altar der Kirche gepflegt hat." Napoleon wird (2. II. 59) folgendermaßen charakterisiert: „Seine gedankenvolle Verschlossenheit ist nicht Brüten über Pläne von langer Hand geplant, sondern ängstliches Lauern auf den Moment. Er kann sich nicht bescheiden, sondern muß va banque spielen." (10. IV.) „Mit Österreich siegt oder fällt Recht und Freiheit, mit Napoleon das Antichristentum." Die Polemik gegen Blätter kleindeutscher Tendenz wächst zu leidenschaftlicher Bitterkeit an (22. IV): „Wer nur süddeutsche Blätter liest, hat keinen Begriff von der unverschämten Naivetät spezifisch preußischer Blätter. Vor einigen Monaten schien der Gothaismus erstorben, jetzt kommen Gothaer überall zu Tage wie Ungeziefer nach dem Frühlingsregen in einer großen Abstufung der Gedanken von Sybel bis zum Landesverrat der Kölnischen Zeitung." Die Flugschriftendebatte wird „ein Hexensabbath ekelhaftester Art" genannt. Als Österreich sich mit dem Ultimatum isoliert: „Preußens und Englands Verstand hat ein finsterer Zauber umnebelt." Preußen wird durchsichtig der landesverräterischen französischen Allianz beschuldigt (25. IV.). „Ehe der Hahn dreimal kräht" — — „Non! mais!" — — „c'est à dire oui."

machenden Kraft der katholischen Kirche trieb. Ein Weltreich mit dem römischen Hirten an der Spitze ist das Ziel und daneben die Möglichkeit, den fremden gottlosen Mächten der Aufklärung entgegenzutreten mit den Kräften des Glaubens. Eine starke überzeugte Frömmigkeit mittelalterlichen Geistes spricht aus diesen Blättern, die sich nur um heiligster kirchlicher Zwecke willen überhaupt mit der Kriegsfrage beschäftigen. Denn neben der direkten Gefahr für den Stuhl Petri besteht die weitere, daß das Gift Josephinischer Grundsätze den Staat des Konkordats durchdringe [1]) und ihm den Lebensquell raube. Dann ist Österreichs Untergang sicher und das Christentum erleidet die schwerste Niederlage [2]).

Der Teil der großdeutschen Partei, der unter Großdeutschtum zugleich Reaktion und Metternichsches System verstand, die Vormärzlichen, ist kein großer. Fraglos sahen die übrigen deutschen Dynasten in ihrem Souveränitätsdünkel in dem Preußen der neuen Ära die höchste Gefahr und mußten um jeden Preis Österreichs Hegemonie als der Hochburg des Legitimismus wünschen. Im übrigen werden in dem Deutschland außerhalb Österreichs und Preußens nur wenige reaktionäre großdeutsche Stimmen laut. In ihren reinen Elementen wollte die großdeutsche Partei nicht dem Legitimismus eine Macht schaffen. Die Broschüre „Vorwärts, eine Stimme aus Sachsen" verdient nur genannt zu werden um ihrer letzten politischen Ziele willen: Henry-Quint auf dem französischen Thron und Elsaß-Lothringen als Siegesfrucht des geeinten Deutschlands.

---

[1]) Am 8. III. „Was ist das Konkordat anders als der Bruch mit den Prinzipien der alles gesunde organische Leben im Staat ertötenden, absolutistischen Staatsomnipotenz und bureaukratischen Zentralisation, welche die Revolution stets aufs neue wieder aus sich als Reaktion gebären muß? Das Konkordat ist die liberalste Tat unseres Jahrhunderts, sie ist der Anfang und die Morgenröte einer neuen Zeit, welche das Staatsleben wieder auf seine natürlichen organischen Grundlagen zurückführen, der Revolution dauernd das Beet abgraben, Deutschland wahrhaft regenerieren kann und soll."

[2]) Am 16. IV.: „Mit Österreichs Ende wird auch das Christentum bei den Japhetischen Völkern seine Sendung vollendet haben."

In Preußen bildet damals das Großdeutschtum einen notwendigen Teil der Reaktionspolitik. Seine Anhänger sind Männer, deren Jugend in die Zeit von 1813 fiel und sich nährte an dem Eindruck der Schmach des Vaterlandes, dem frommen Siegesjubel der Freiheitskriege, dem Sieg des Gottesgnadentums über den Helden der Revolution, die Männer der Kreuzzeitungspartei. Es ist die Partei, die am wenigsten gespalten, am geschlossensten der Kriegsfrage gegenübersteht; für sie hatte diese Frage doch nur eine Seite: Kampf einer gottgewollten Macht mit dem Prinzip des Bösen, der Revolution. Sie erscheint aller realen Interessenpolitik wohl am fremdesten. Ihre Parteigänger sind nicht schlechte Preußen, das Großdeutschtum beruht bei ihnen nicht auf theoretisch-nationalen Erwägungen, sondern auf der Idee des notwendigen Zusammenschlusses aller staatserhaltenden Elemente als Kirche, Gottesgnadentum der Krone, Führung durch Gott und den König. Es ist die einzige Partei, die an der Mündigkeit des Volkes vorübergeht, die von 1813 bis 1848 keine politische Weisheit gelernt hat; sie ist auch darin einzig, daß sie mit dem Fortgang der kriegerischen Ereignisse keinen Wandel durchmacht. Ihr charakteristischer Vertreter in der Publizistik ist Leopold von Gerlach. Sein Tagebuch aus jener Zeit, die schon erwähnte Korrespondenz mit Bismarck, entwickelt am klarsten die Ideen „einer überwundenen Epoche der Überschwenglichkeit" nach Treitschkes Ausdruck. Seine Partei hatte, vielgeschmäht, mit der neuen Ära den Schauplatz Vertretern einer freieren Richtung räumen müssen. Er sei jetzt „out" und nicht mehr „in", klagt Gerlach, aber seine Loyalität und die fromme Wärme seines Patriotismus haben ihn vor Bitterkeit bewahrt, und in die Zeitungsdebatte tritt er hin und wieder ein mit einer Entwicklung des reaktionären Standpunktes in der Kriegsfrage. In Leitartikeln in der Kreuzzeitung [1]), die oft ganz unverkennbar den pathetischen, etwas

[1]) L. v. Gerlach: „Denkwürdigkeiten" Bd. II. S. 641. 16. I. 59. „Über die Spannung zwischen Frankreich und Österreich habe ich etwas für die Kreuzzeitung geschrieben." Der Artikel erscheint dann unter diesem Titel als Leitartikel am 20. II.

paſtoralen Ton von Gerlach tragen, wendet er ſich gegen die Regierung der neuen Ära, deren Schaukelpolitik er unabänderlich dieſelben Schlagworte entgegenhält, erkennt er doch (Artikel vom 6. Januar) überhaupt nur zwei politiſche Parteien an: die konſervative und die republikaniſche. Und doch erhebt ſich auch inmitten dieſer Partei am 5. Februar die Stimme eines Warners [1]), der Öſterreichs Freundſchaft bedenklich nennt und rät, den kommenden Krieg als häuslichen Zwiſt innerhalb der katholiſchen Welt zu behandeln.

Die großdeutſchen Reaktionäre allein konnten bruchlos ihre Überzeugung vertreten; der großdeutſch-konſtitutionelle Theoretiker führte ſtets einen Widerſpruch mit ſich, wenn er Italiens liberale Zwecke bekämpfte und doch für Öſterreich und damit für ſein Syſtem des Abſolutismus in die Schranken trat. Aber der politiſche Idealismus war damals noch zu groß, um unter dieſem Dilemma zu leiden. Es bedurfte ſtets der Ausrede einer auf keiner ſehr feſten Baſis ruhenden Überzeugung, daß Öſterreich willens ſei, in liberale Wege einzulenken.

Der breiten Schicht des preußiſchen Liberalismus war die großdeutſche Idee fremd. Hier lebte ein ſtarkes Staatsbewußtſein und ein ſtarker Wille zur Suprematie Preußens in Deutſchland. Umſo intereſſanter und Aufmerkſamkeit erheiſchender ſind die Stimmen im preußiſchen Lager, die das großdeutſche Ideal verfechten. Ihnen iſt die italieniſche Kriegsfrage nicht eine Herzensſache wie den Reaktionären, ſondern eng verquickt mit der deutſchen Frage. Der bürgerliche Liberalismus, ob groß- ob kleindeutſch geſinnt, iſt ſtark doktrinär. Die Publiziſtik bringt wieder und wieder das Ideal eines konſtitutionellen Staates in den verſchiedenſten Formen, bald in demokratiſcher Färbung, bald in liberalem Sinne. Viel Katheberweisheit kommt zum Wort. Von den enttäuſchten Erbkaiſerlichen, einſt glühend für Preußens Vormacht, ſind manche im großdeutſchen Lager. In leidenſchaftlichem Groll

[1]) Kreuzz., Leitartikel in Fortſetzungen v. 5. bis 9. Febr. 1859. Die Allianz mit Öſterreich bedeute für Preußen „Krieg ohne Zweck, Sieg ohne Frucht, Leiſtung ohne Äquivalent".

schreibt Dahlmann im April in sein Tagebuch [1]: „Preußen und England haben leider den ganz verkehrten Weg eingeschlagen — — — der rechte Weg wäre gewesen, dem Kaiser der Franzosen mannhaft entgegenzutreten." Noch deutlicher spricht er seine Verdammung der preußischen Politik in einem Briefe an Gervinus vom 31. März aus. Die Erbitterung gegen Preußen und historische Analogien trüben dem Gelehrten den Blick für das Reale, und er sucht in der gegenwärtigen Konstellation stets die Wiederkehr von 1805. In Preußen fehlt ihm auch jetzt der Mut zur Tat und, obwohl er dem liberalen Wachstum Italiens Anerkennung schenkt, ist ihm Österreichs kühner Eigensinn eine Gewähr für eine bessere Zukunft Deutschlands. Publizistisch tritt aus der Gruppe der Erbkaiserlichen Friedrich von Raumer hervor mit einer Anzahl von Artikeln in der Spenerschen Zeitung während der ersten Monate des Jahres, die später in der Flugschrift „Zur Politik des Tages" gesammelt erscheinen. Auch ihm ist der Gesichtskreis verengt; Ohnmacht und Phrase scheint ihm in Preußen vorzuherrschen, und fast kleinmütig und kurzsichtig mutet es uns an, wenn er (Artikel 2) meint: „Wenn Österreich zu Grunde geht, fällt auch Preußen und Deutschland in fremde Gewalt, sich neutral erklären lassen, wäre nicht ein weises Arzneimittel, sondern Verrat," und (Artikel 13): „Ohne Deutschland ist Preußen keine Großmacht."

Es ist interessant zu betrachten, von welchem Gesichtspunkt ein anderer Historiker, Wilhelm Loebell, damals Professor der Geschichte in Bonn, die italienische Einheitsbewegung beobachtete. In einem später auf Wunsch dem Druck übergebenen Vortrag, am 1. März 1859 in Bonn gehalten [2], suchte er einen negativen Beweis der Unmöglichkeit dieser Einigung zu führen, indem er in Italien den völligen Mangel aller der Umstände, die in anderen Kulturländern zur Einheit führten, nachweist (in Frankreich nationale Eigentümlichkeiten, in England die Vereinigung von Einheit und Freiheit, in

[1] Springer: Fr. Chr. Dahlmann, T. II. S. 427.

[2] „Über die Einheit Italiens." Bonn 1859, Henry und Cohen

Spanien das religiöse Element) [1]), eine doch immerhin sehr eigenmächtige Einschränkung und Vergewaltigung historischer Tatsachen. Im übrigen will Loebell in dieser Tendenz zur Zersplitterung Italiens keine staatliche Anomalie konstatieren, sondern stellt den Einheitsstaat mehr als eine seltene reifste Blüte des Staatslebens hin. Tröstlich für Italien scheint ihm dessen Seitenstück Griechenland, das, obwohl das großartigste Kulturland der alten Welt, doch nie zur Einheit gelangen konnte, kein überzeugender Vergleich, da der Einheitsstaat in unserem Sinne erst eine Schöpfung der modernen Zeit ist.

Mit einer Flugschrift unter dem Titel „Brennuszug und Moskowitertum" führt sich Fischel in die Publizistik ein unter Anregung von Orges [2]), der auch Herzog Ernst von Koburg auf ihn aufmerksam macht. Man könnte diese Flugschrift statt eines Mahnrufs eine Herausforderung zu den Waffen bezeichnen in ihrem leidenschaftlichen Großdeutschtum. Reaktion und Revolution in Gestalt von Frankreich und Rußland schließen einen Bund gegen Europas Frieden, das heißt seine liberale Entwicklung. Er sieht schon die blau-weiß-rote Fahne an der Adria wehen, den Papst als französischen Patriarchen und den preußischen Adler mit gebrochenem Flügel vom russischen Doppeladler und dem aigle de Boulogne getragen. Er nennt das die Periode der Politik eines Bismarck. In der Schule Herzog Ernst von Koburgs ist Fischel kleindeutsch geworden, und seine späteren publizistischen Leistungen feiern mit demselben Wortschwall und Pathos sein neues deutsches Ideal.

Warmherzige großdeutsche Begeisterung, ohne volle Einsicht in die Folgen solcher Hingabe Deutschlands für Öster-

[1]) S. 22. „Wenn nun solche oder ähnliche zur Einheit leitende Umstände in der Geschichte Italiens seit dem Untergang der Römerherrschaft, noch bestimmter seit dem Untergang der kurzen ostgotischen, nicht zu finden sind, so ist damit schon in negativer Weise der Beweis geführt, daß die Schicksale Italiens Land und Volk nicht zur Zusammenschmelzung führten."

[2]) Siehe auch S. 34.

reich, wie sie manchen tüchtigen, national empfindenden Deutschen damals erfaßte, spricht aus den beiden Flugschriften des Braunschweigers Baumgarten, deren erste: „Deutschland und die italienische Frage" im März, die zweite: „Was will Deutschland im Kriege?" am Tage des Ultimatums erschien. In der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre war er als Schüler von Gervinus in dessen politischen Gedankenkreis gebannt worden. Seit 1855 ist er dieser Sphäre entrückt, und in der neuen Münchener Heimat, unter Sybels starkem Einfluß, wandelte er sich, und noch in den trüben Tagen der Reaktion in Preußen begann er seine Hoffnung von neuem auf den norddeutschen Großstaat zu richten. Diesem gehörte die Zukunft, also die Führerschaft Deutschlands. Wenn Baumgarten in den genannten beiden Broschüren diesem Gedanken untreu erscheint, so hat er diese Stimmung als eine beklagenswerte Verirrung später strenger Selbstkritik unterworfen [1]). Jedenfalls wandelt er sich schon während des Krieges — das bestätigen die Berichte aus Süddeutschland in den Preußischen Jahrbüchern, die vom April bis Juni aus seiner Feder stammen [2]) — und nach demselben in Berlin im Dunckerschen Kreise, als Mitarbeiter der Sternzeitung, ist er objektiv und kleindeutsch. Seine beiden Broschüren berühren sympathisch durch die Wärme des Tons und volle nationale Hingabe, es sind großdeutsche Gedanken eines Idealisten, eines Einheitsträumers Dahlmannscher Schule, der im Partikularismus alles Unheil sieht und gegen denselben eifert zu Gunsten nationaler Einheit. Der Liberale verlangt als selbstverständlich eine Reformtätigkeit Österreichs in Italien und klammert sich an die Möglichkeit dieses Gedankens. Die zweite Broschüre ist schon kühler gehalten, Baumgarten sieht einen Nationalkrieg gegen Frankreich voraus in der Annahme eines gemeinsamen Ultimatums Österreichs und Preußens, und

[1]) Historische und politische Aufsätze und Reden von Hermann Baumgarten. Mit einer biographischen Einleitung von E. Marcks. Straßburg 1894. Trübner. Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik (1866) S. 118.

[2]) Ebenda. Einleitung S. XXXIX.

nun betont er besonders die notwendige Forderung österreichischer Garantien für kommende liberale Reformen.

Daß in preußischen Militärkreisen die Möglichkeit eines deutsch-französischen Waffenganges mit Freuden aufgenommen wurde, ist selbstverständlich. Es ist bekannt, daß Moltke noch während des Krieges ein bedingungsloses Eintreten Preußens an Österreichs Seite forderte [1]). Noch im Februar 1859 [2]) scheint ihm für einen Krieg zwischen Frankreich und Österreich gar kein Grund vorzuliegen außer dem ungenügenden „la France s'ennuie". Wir werden später erfahren, daß er mit dem Gang der Ereignisse einen Wandel durchgemacht hat und nach Villafranca ein Apologet der neutralen Haltung der preußischen Regierung war. Die kleine Flugschrift eines preußischen Soldaten (nach Scheffer: „Die preußische Publizistik im Jahre 1859" General von Hoffmann), „Bekanntes", ist nur erwähnenswert, weil sie die oben erwähnten charakteristischen Ansichten des preußischen Offizierkorps ausspricht.

Wir werden fast alle norddeutschen nichtpreußischen publizistischen Stimmen unter den Kleindeutschen finden. Die räumliche Entfernung von Österreich, die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen, auch die größere Verwandtschaft des Temperaments gewann hier dem Unionsgedanken Freunde. Die Flugschrift eines Hamburgers: A. B. „Die deutsche Frage" scheint in ihrer großdeutschen Tendenz weniger von der Sympathie für Österreich und sein absolutistisches System eingegeben, als von dem Selbstgefühl des Angehörigen eines reichen kleinen Gemeinwesens und von dem Geist eines stark demokratisch gefärbten Angehörigen des ehemaligen Frankfurter Parlaments, der nach Zurückweisung des französischen Angriffs alle Schäden in der Zwangsjacke einer künftigen

---

[1]) Th. v. Bernhardi: Tagebücher Bd. III. S. 239. 2. VI. 1859. „Moltke meint, man müsse unbedingt losschlagen gegen Frankreich und ohne unsere Teilnahme von bestimmten Bedingungen abhängig zu machen. Das wäre nur unser eigenstes Interesse, und dafür hätten wir gar keine Forderungen an Österreich zu machen."

[2]) Moltke: Briefe Bd. IV. 1. Sammlung. S. 289. Brief an Ludwig v. M. v. 10. II. 59.

Volksvertretung heilen will, auch den bösen preußischen Partikularismus, der durch eine künftige Zentralgewalt gebeugt werden soll. Daß gerade die Fähigkeit des preußischen Staates, auf sich selbst zu stehen, ihm ein Recht zum Partikularismus gibt vor anderen kleinen Souveränen, kommt dem Verfasser nicht in den Sinn.

Die großdeutsche Idee beherrschte gewisse Schichten der süd- und mitteldeutschen Liberalen. Niedere Motive der Furcht, der Selbstsucht, der Voreingenommenheit spielten dabei ihre Rolle, auch natürliche Sympathien für den gefährdeten Bruderstaat sprachen 1859 mit. Der tiefste Grund lag eben doch in der begreiflichen Opposition gegen den kraftvoll aufstrebenden preußischen Staat. Sein Vorwärtsschreiten auf liberalem Boden seit dem Antritt der Regentschaft hätte ihm in Deutschland Sympathien gewinnen müssen, aber das eigenartige Wachstum des preußischen Staates, seine langsame Abrundung durch Hinzuziehung deutschen Landes hatte Mißtrauen gesät. Preußen mußte mit der Zeit der Mittelpunkt des geistigen und des politischen Lebens in Deutschland werden, aber sein Einfluß drängte mehr in die Prosa, in die Reflexion, seiner spröden Außenseite entsprechend. Man fühlte sich in Süddeutschland damals noch weit mehr als heute, wo uns der Main nicht mehr scheidet, dem heiteren, gemütlichen Österreicher verwandter als dem straffen, spröden Preußen. Dazu war allzeit der Süden demokratischer als der Norden, besonders als Preußen, wo eine starke Dynastie, die zwei Gewaltige stolz zu den Ihren zählte, Schöpfer des Staates geworden war und zäh auch in dessen innerstem Wesen wurzelte. Die politischen Ideale des bürgerlichen Liberalismus in Süddeutschland waren im Grunde auf einen rein parlamentarischen Staat gerichtet, erst nach 1866 erstarkte der monarchische Gedanke wieder. Jedenfalls glaubte man in einem Schaukelsystem zwischen Österreich und Preußen am sichersten zu gehen. Süddeutschland besaß in der Augsburger Allgemeinen Zeitung ein ausgezeichnet geleitetes Blatt ausgeprägt großdeutscher Tendenz. Gewiß nicht mit Unrecht hat man die Zeitung für die einheitlich großdeutsche Stimmung des Südens

verantwortlich gemacht. Sie besaß damals eine ähnliche Höhe der Abonnentenzahl wie 1848 (11 000) und hatte unter ihren Leitern tüchtige Männer, deren Sympathie für den Kaiserstaat in ehrlichster Überzeugung wurzelte und den allmählichen Umschwung der öffentlichen Meinung nicht mitmachte. Georg von Cotta hat bis zu seinem 1863 erfolgten Tode die große Unterlassungssünde Preußens von 1859 beklagt. Orges, Braunschweiger von Geburt, 1848 seiner liberalen Gesinnung wegen aus den Reihen der preußischen Offiziere gestrichen, durch glänzende journalistische Begabung ausgezeichnet, war in jenem Jahre sein Haupthelfer [1]). Er hat mit seiner spröden unschmiegsamen Natur gewiß zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen. Aber seine Herzensanteilnahme gehörte eben dem durch Tradition geheiligten Kaiserstaat, nicht dem Metternichschen Systems, sondern nach seinem Lieblingsausdruck dem durch Arbeit neugestalteten Österreich der Zukunft [2]). Ein serviles Werkzeug der Hofburg war die Augsburger Allgemeine jener Tage nicht, Orges' Ansichten erregten in Wien häufig genug Anstoß. Ein gewisses Wohlwollen für die Reform der italienischen Zustände fehlt durchaus nicht, aber die Möglichkeit einer Einheit Italiens wird aus dem italienischen Volkscharakter heraus schlankweg abgelehnt [3]), dagegen Österreichs schwache Versuche der wirtschaftlichen Hebung Italiens sehr aufgebauscht.

[1]) Biogr. Blätter von Bettelheim 1895. O. Lorenz: A. d. Briefwechsel v. H. Orges. S. 339 ff.

[2]) Heyck: „Geschichte der Augsburger Allg. Zeitung." 1798—1898. München 1898. S. 160.

[3]) Folgende charakteristische Textproben sind vielleicht nicht ohne Interesse: Augsb. Allg. v. 6. I.: („Rückblicke") „Italien, obwohl und vielleicht gerade weil von Österreich mit einer Schonung und Langmut behandelt, welche ihm von keiner anderen Seite je zu teil ward, kann es immer noch nicht verschmerzen, daß sein heiliger Boden von „fremden Barbaren" entweiht wird. Seit mehr als einem Jahrtausend könnte es daran gewöhnt sein, seit mehr als 500 Jahren übt es seinen Witz darin, Fremde durch Fremde zu bekämpfen, nie hat es durch eigene Tatkraft dieselben vertrieben, nie ist es einig, nie frei gewesen, dennoch träumt es von nichts, als einer libera Italia, die auf Meuchelmörder und französische Hilfe begründet werden soll" — — „Österreichs Macht ist Deutschlands Stärke, seine Schwäche, seine

Das Nationalitätenprinzip wird häufig ad absurdum geführt. Welche Nation zu irgend einer Zeit ein Recht auf eine selbständige Existenz besitzt, ist sicherlich eine reine Machtfrage und nicht mit moralischen oder Rechtsgründen lösbar. Dieser Gedanke wird noch nicht klar entwickelt, aber wohl für die Praxis verlangt, daß man Österreich Raum gewähre, ungestört durch ideal-politische Bedenken sein Völkergemisch zu assimilieren. Die Erwägung, daß das nur unter der Herrschaft des Absolutismus geschehen könne, wie es Metternichs reife Staatskunst bis zu einem gewissen Grade verstanden hatte, blieb den liberalisierenden Leitern der Augsburger Allgemeinen fremd, klagte doch die ultramontane Presse über ihren Gothaismus. So lebten die Leiter der Zeitung der völlig unfruchtbaren Aufgabe, einem absterbenden Staatenkomplex junge Triebe einer neuen lebendigen Zeit aufzupfropfen. Die Zuversicht auf die preußische Hilfe war im Anfang so groß, daß die ersten Wochen hindurch das schmeichelhafteste Lob Preußens erklingt als des größten reindeutschen Staates, ein Prädikat, das dasselbe Blatt einige Monate später ins Gegenteil verkehrt bringt. Bald klingt leises Mißtrauen an, steigert sich zu offen ausgesprochenem Staunen über Preußens Schweigen und die farblose preußische Presse. Gerlachs Artikel in der Kreuzzeitung werden mit einem Seufzer der Erleichterung begrüßt, die anderen preußischen Zeitungen mit Hohn überschüttet. Immer kühler wird die Sprache der schweigsamen preußischen Regierung gegenüber, immer leidenschaftlicher die Anklage gegen Preußen und Napoleon, immer lebhafter der Aufruf an Süddeutschland. Ende März lauten die Wiener Nachrichten beruhigender, denn der preußische vermittelnde Standpunkt wird als berechtigt zugegeben [1]). Eine Reihe von interessanten Auf-

---

Niederlage waren stets Deutschlands Schwäche und Niederlage, Österreichs Ausscheiden aus Deutschland und der Rheinbund stehen in einer Wechselbeziehung, die auch das blödeste Auge nicht zu übersehen vermag."

[1]) Zur Kennzeichnung für den Stimmungswandel Preußen gegenüber (a. 9. I. 1859): „Von der Ostsee bis zum Oberrhein glüht ein Gefühl durch alle Herzen, und von Sympathien für französische Entwicklung ist bei keiner Partei des Tages die Rede." — —

sätzen bringt die deutsche Vierteljahrsschrift, die 1859 im 22. Jahrgang bei Cotta erschien. Dies erste Vierteljahr bringt volkswirtschaftliche, philosophische und politische Betrachtungen über den Krieg. Mit weltbürgerlichem Pathos wird gegen Hegels Idee vom Krieg als einer Erneuerungsquelle menschlicher Kraft Fichtes Dogma vom Kampf der Barbarei mit der Zivilisation ins Feld geführt. Daraus ergibt sich dann eine geschickte Anklage gegen Napoleon, der die Staatsverträge brach, und dessen Niederwerfung eine Regeneration bedeutet. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt wird die Napoleonische Ära gebrandmarkt mit ihrem Kreditsystem, dem Freihändlertum mit seinen Schwindelunternehmungen. Als das Echo der Augsburger Allgemeinen in diesen Fragen treten, mehr oder weniger abhängig von Öster-

---

„Preußen ist der größte reindeutsche Staat mit fester, unbeirrbarer Regierung." Am 11. I.: „Harren wir entschlossen der Beschlüsse der Vorsehung! antworten Napoleon viele Millionen in Österreich und Preußen." Am 30. I. „Wir haben nie geleugnet, daß wir uns bemühen, die Verbindung zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland zu einer immer innigeren zu machen, daß wir uns bemühen, die Gemeinschaft und die Verbindung der beiderseitigen Interessen nachzuweisen". Der Berliner Berichterstatter v. 31. I.: „Heute zum ersten Mal findet die Nationalzeitung Zeit und Muße, der Aggressivpolitik Piemonts und Frankreichs einige Beachtung zu schenken". — — „Der Leitartikel, mit dem uns neulich die Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung beschenkte (v. 12. I. „Der Ministerwechsel von 1850") und der vorliegende der Nationalzeitung sind zwei horrible testimonia der Staatsweisheit gewisser Parteien an der Spree." Am 3. II. Bedauern „daß von maßgebender Seite noch keine bestimmte Haltung und Kundgebung über Deutschlands Stellung geschehen sei." Vom 4. II. (Stimmung in Süddeutschland) „17 Millionen Deutscher haben auch mitzureden, sind nicht mundtot zu machen." „Ein Deutschland befremdend kühler Ton Preußens" wird bemerkt. Am 28. II. wird Preußens „Großmachtskitzel, die falsche Furcht, in Österreichs Schlepptau zu kommen," getadelt. Der Artikel vom 21. III. „Ein Mittel zur Lösung" sieht dieses Mittel in einem Zusammentreten der außerpreußischen deutschen Bruderstaaten unter Bayerns Vortritt zu Österreichs Gunsten. Im April ist ein fortwährendes Auf und Ab der Hoffnung auf Preußens Eingriff zu Österreichs Gunsten zu konstatieren und eine dementsprechende Be- oder Verurteilung der preußischen Regierung.

reichs Einfluß und Geld, die kleineren süddeutschen Blätter daneben, untereinander politisch durchaus variierend, aber in der Opposition gegen Preußen in schönster Eintracht. In den ersten Wochen des Jahres wird ein Eintreten Preußens für Österreich stillschweigend vorausgesetzt; als die Schweigsamkeit der Regierung aber drückend wird, werden die Angriffe immer heftiger. Die Frankfurter Postzeitung führt im alten Diplomatenstil den Chor der Preußen verdächtigenden Stimmen; der Staat, der in der Thronrede in erhabenster Sprache sich bewegte, verharrt in unpatriotischer Schweigsamkeit. Der Wiener Korrespondent gibt sehr unbegründete, aber eindrucksvoll gehaltene Nachrichten von Österreichs Reformtätigkeit in konstitutionellem Sinne (siehe Artikel vom 15. Januar „Österreichs Finanzlage"). Der Eintritt Österreichs in den Zollverein wird häufig als Notwendigkeit betont. Die Sprache des Frankfurter Journals ist zurückhaltender. Hier kommen neben den österreichischen Mitarbeitern häufig rheinische Korrespondenten zur Sprache, die sich, nachdem der erste Schrecken vor Napoleon überwunden, einer maßvolleren Sprache bedienen. Abdrucke aus den sehr preußisch gesinnten Grenzboten beweisen ein gewisses Wohlwollen. Der Geist des Blattes ist ein liberalisierend protestantischer. Streng katholisch und eng in Verbindung mit Wien scheint das „Journal de Francfort". Verteidigung des Konkordats und Deutung der italienischen Bewegung als einer anarchistischen sind charakteristisch. Österreich wird als friedliebende, segensvoll in Italien waltende Macht gerühmt, und in perfider Weise werden einzelne Sätze aus preußischen Zeitungen aus dem Zusammenhang gerissen und antifranzösisch und österreichisch-freundlich gedeutet. Überhaupt wird die Technik verfolgt, nur Österreich wohlgesinnte Stimmen in Deutschland zu vernehmen, augenscheinlich um Stimmung zu machen. Nur die Kölnische Zeitung erhält zuweilen einen Hieb. Das Mainzer Journal [1]), der Nürnberger Korrespondent,

[1]) Th. v. Bernhardi: Tagebücher. Bd. III. Leipzig 1894. Hirzel. S. 230 a. 26. Mai 1859. „Das ultramontane Mainzer Journal sagt, es sei besser, von Frankreich unterjocht, als von Preußen verschlungen zu werden."

der Schwäbische Merkur sind alle mehr oder weniger auf einen antipreußischen Ton gestimmt.

Auch die demokratische Partei erfaßte mit Lebhaftigkeit die Kriegsfrage. Aber an eine Debatte in Bezug auf eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Kriege als einer nationalen Forderung, wie bei den übrigen Parteien, ist hier nicht zu denken. Lediglich vom Standpunkt des Parteiinteresses aus beurteilte man die Situation, entstanden hier Meinungsverschiedenheiten. Nicht über die letzten Ziele der Partei, wohl aber, was die Mittel und Wege betraf. So scheiden sich auch hier Großdeutsche und Kleindeutsche, je nachdem sich der einzelne Demokrat mit oder ohne Gemeinschaft Deutschlands mit dem Kaiserstaat ein schnelleres Vorwärtskommen zum Ziele versprach. Im allgemeinen wiegt Mißtrauen gegen Preußen vor, dessen Militärdespotismus man mehr fürchten zu müssen glaubte als die absolutistischen Tendenzen des erschütterten Österreich. So kommt es, daß die spärliche von der Zensur sehr bedrängte demokratische Publizistik *vor* dem Kriege eine großdeutsche Tendenz zeigt. Das norddeutsche Organ der Demokratie, die *Volkszeitung*, schwankt stark, so daß man die verschiedensten Einflüsse bemerken muß. Sie litt erheblich unter der Aufsicht der Zensur und konnte kaum wagen, anders als sehr diplomatisch ihre Überzeugungen zum besten zu geben. Lassalle klagt (Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. IV. Bd.) am 31. Januar 1859 dem flüchtigen Marx, daß die sogenannte neue Ära den Leuten den Kopf verdrehe. „Die Volkszeitung, das einzige halblich demokratische Blatt in Berlin, ist Hals über Kopf in das ministerielle Lager übergegangen und spielt eine unwürdige Rolle," eine Rolle jedenfalls, die an Unsicherheit der Stellungnahme nichts zu wünschen übrig ließ. Preußen soll deutlich zeigen, daß Frankreich der gemeinsame Feind ist, aber daß es auch weit entfernt sei, das freiheitsfeindliche österreichische Regiment in Italien zu unterstützen [1]). Die Zeitung spricht vom „System des Abscheus" in Frankreich wie in Italien. Die Partei befand sich hier

[1]) Volkszeitung vom 16. IV. 1859.

in einem gewissen Dilemma, und ihre feinsten Köpfe strengten sich an, es zu lösen. Jedenfalls aber knüpfte die Demokratie Hoffnungen und Befürchtungen an die politischen Ereignisse, je nach dem Grade der Kraft, die der einzelne Napoleon zutraut. Die vaterlandsflüchtigen Vogt und Engels treten zuerst mit Flugschriften an die Öffentlichkeit, die Ihren zu sammeln und zu beraten. Ende März erschienen Vogts „Studien zur gegenwärtigen Lage Europas" mit sehr deutlichen praktischen Vorschlägen. Er erklärt sein Großdeutschtum aus seinem fortdauernden Mißtrauen gegen das Preußen der neuen Ära. Ein Systemwechsel habe auch hier nicht stattgefunden, ob der Druck von oben in reaktionärem oder mattliberalem Sinn ausgeübt werde, sei ganz dasselbe. Von diesem strammen dynastisch-militärischen Staat erwartet er für seine Partei eine ebensolche Fülle von Zwangsmaßregeln wie von dem verhaßten Habsburg. Ein Zusammenschluß aller Parteigenossen in Deutschland, Österreich inbegriffen, soweit es deutsches Land ist, ist das nächste Ziel Vogts; er bekennt selbst, eine Republik sei das letzte, aber vorläufig noch unerreichbare. Eine Unterstützung Österreichs durch Preußen und Deutschland in diesem Kriege scheint ihm Verbrechen; wo für Freiheitstendenzen gestritten wird, wie in Italien, muß Österreichs Niederlage der Wunsch aller Patrioten sein. Auch in Italien will er praktisch erreichbare Ziele erstrebt sehen, den Föderativstaat, nicht das republikanische Ideal der Mazzinisten. Nur keine selbstsüchtige Ausbeutung des Volkes durch die Regierung, wohin das Einheitsgeschrei der süddeutschen Presse und das Schüren des Hasses gegen Napoleon führt. In diesem sieht Vogt die Inkarnation des französischen Geistes und meint, dem Napoleonischen Absolutismus deshalb das Wort reden zu müssen, weil der französische Volkscharakter ein total anderer als der deutsche sei, er ermangle ganz des Individualismus und sei für die Monarchie wie geschaffen. Hier also warnt der großdeutsche Gedanke vor Eingriff in den Krieg, der lokalisiert, welchen Ausgang er immer habe, nur von Nutzen für Deutschland sein könne. Das geschlagene Österreich bedeutet den Sieg italienischer Einheit als Vorbild

einer zukünftigen deutschen. Österreichs Sieg aber würde die Revolution in Italien, Ungarn, Frankreich und Deutschland entfesseln. Zerstücklung Österreichs wird in jedem Fall die Folge sein. Auch Engels vertritt in seiner feinen militärisch-strategischen Flugschrift „Po und Rhein" das Nationalitätenprinzip. Er sieht in der nationalen Bewegung in Italien, wo die natürlichen Grenzen genau mit den Grenzen der Nationalität zusammenfallen, einen unüberwindlichen Gegner, der doch früher oder später Sieger bleiben wird. Abgesehen davon beruhigt Engels durchaus über die Frage der Notwendigkeit der Mincio- und Etschlinie für Deutschlands Sicherheit. Ihr Verlust bedeute nur Aufgabe einer starken Defensivposition und dafür als Ersatz den Gewinn eines Alliierten in dem durch die Lombardei naturgemäß vervollständigten Italien. Wir werden später Lassalle scheinbar im kleindeutschen Lager erblicken, wenn auch seine Ziele dieselben wie die der großdeutschen Demokraten sind.

Im großdeutschen Lager ist vor dem Krieg nur bei den Demokraten ein ausgesprochenes Streben nach Lokalisierung des Krieges vorhanden. Und wie wir sahen, lediglich aus Parteiegoismus. Alle anderen großdeutschen Stimmen der übrigen Parteien dringen ausnahmslos auf ein Eintreten Deutschlands zu Gunsten Österreichs. Die Motive waren dabei die verschiedensten. Die Ultramontanen stimmten für den Krieg aus Sympathie für den Staat des Konkordats, die Großdeutschen reaktionärer Tendenz in Vertretung eines heiligen Prinzipienkampfes gegen Revolution und Antichrist. Die großdeutschen Liberalen trieb einmal die Sorge vor dem Erbfeind von Westen, die Erinnerung an 1805/1806 und daneben die Begeisterung für Deutschlands Einheit, die Nichtpreußen unter ihnen nicht zum wenigsten eine nicht unerklärliche Animosität gegen den erstarkenden Staat Friedrichs des Großen.

2. Kapitel. Die kleindeutsche Publizistik

Die kleindeutsche Partei hatte selbstverständlich ihre ganze Wurzelkraft in Preußen. Hier umfaßt sie die große Masse

der liberal denkenden Männer der verschiedensten Parteifärbungen, deren Grenzlinien sehr ineinanderlaufen und die sich erst in den kommenden Jahren in Altliberale und Fortschritt schieden. Damals sammelten sich unter der Fahne des konstitutionellen Einheitsgedankens, den die Union hochgehalten und die Reaktion der Fünfzigerjahre wieder hatte fallen lassen, alle Schattierungen der Kleindeutschen, von den Wochenblattleuten mit ihrem halbständisch-konservativen, halb liberalen Programm bis zu den allerweitest links sich haltenden Gothaern mit ihrem Ideal des belgischen oder englischen Verfassungsstaates. Die neue Ära hatte die kleindeutschen Aspirationen mit neuem Leben erfüllt und ihnen viele Freunde zugeführt; auch im außerpreußischen Deutschland begann der kleindeutsche Gedanke langsam Raum zu gewinnen. Der Regierungswechsel und sein viele Deutungen zulassendes Regierungsprogramm erfüllte die Verschiedensten mit überschwenglichen Hoffnungen gerade in der Richtung, wo der einzelne „moralische Eroberungen" am Platze sah.

Es gab in Preußen keine kleindeutsche Zeitung, die, wie die Augsburger Allgemeine im großdeutschen Süden, mit dem Bewußtsein eines wesentlichen und entscheidenden Einflusses die Diskussion der nationalen Fragen führte und theoretisch zum Schluß brachte. Leserkreis und Einfluß waren auch bei den besseren beschränkt. Die Haltung der großen preußischen konstitutionellen Zeitungen ist bis zum Ultimatum eine ziemlich einheitliche, die allgemeine Zufriedenheit mit der Regierung der neuen Ära läßt die Maßregeln derselben billigen, nur mit leisem Drängen zu entschiedenerer Aktion. Die halboffiziöse Preußische Zeitung ist natürlich ganz entsprechend der Haltung der Regierung schweigsam und diplomatisch, zum Frieden ermahnend. Sie gibt authentische Nachrichten mit wenig Beiwerk. Die Nationalzeitung enthält sich fast bis zum 1. April durchaus irgendwelcher politischen Vorschläge und Maßnahmen, sie behandelt fast nur wirtschaftliche Fragen und verfolgt mit größtem Eifer die preußischen Fortschritte auf diesem Gebiete. Die Industrie, die hinter ihr steht, befand sich im Aufblühen, und ihr konnte mit einer

Störung des Friedens wenig gedient sein, die die Gefahr eines handelspolitischen engeren Zusammenschlusses mit Österreich, was zugleich Vernichtung des Zollvereins bedeutete, als mögliche Folge der Waffenbrüderschaft mit sich brachte [1]). Die Kölnische Zeitung ist in den ersten Monaten blind beherrscht von der Furcht vor Frankreich und seiner Invasion, und in sehr kräftiger Sprache verlangt sie Zusammenschluß der beiden Großmächte. Der österreichischen Mißwirtschaft in Italien steht sie genau so unsympathisch gegenüber wie der möglichen Einheit Italiens, die in das Reich der Illusionen verwiesen wird, ebenso wie der Wert italienischen Besitzes für Österreich überhaupt. Aber mit jeder Woche wird der Ton ruhiger, die Angst vor der Invasion ist im Schwinden, die von Napoleon inspirierten Broschüren erscheinen mit wohlwollenden Kommentaren abgedruckt, und Österreich gegenüber wird schon im Februar ein sehr kühler Ton angeschlagen. Die Kriegsfurcht ist erloschen, und die Kriegsgefahr wird ganz abhängig gemacht von dem friedlichen Verhalten Deutschlands. Der Umschlag ist ein ziemlich plötzlicher, was auch die Wiener Blätter bemerken. Von da ab immer steigende sympathische Übereinstimmung mit den Maßnahmen der preußischen Regierung, der Kriegseifer der Augsburger Allgemeinen wird verspottet, und der Haß ähnlich denkender Blätter kräftig erwidert [2]). Die Kölnische Zeitung wurde damals in den Lese-

[1]) Am 1. IV. erfolgt der erste Leitartikel, der sich ernsthaft mit der Kriegsfrage beschäftigt und anknüpfend an die oben genannte Broschüre Baumgartens „Deutschland und die italienische Frage" diesem „düsteren" Bild gegenüber die Aufrechterhaltung des Friedens betont. „Die Interessen Preußens und Österreichs fallen nicht vollständig zusammen, darum kann auch Deutschland und speziell der stärkste deutsche Staat, Preußen, nicht einen Hader Österreichs mit einer auswärtigen Macht kurzer Hand zum seinigen machen." Am 9. IV. „Man kann sich dem nicht verschließen, daß der österreichischen Mißwirtschaft in Italien gegenüber Preußen und England mit Recht mit ihrer sonst sicher sofort geleisteten Hilfe sehr zurückhaltend sind."

[2]) Einige Zitate, kennzeichnend für den Umschlag der Stimmung. Am 10. I. sehr zuversichtlich: „Darauf kann aber Napoleon rechnen, daß Preußen nicht wieder seine Sache von der Österreichs trennen wird." Am 14. I. tadelnd: „Wir wünschten, daß die preußische Thron-

zirkeln in Frankfurt verboten. Die Vossische Zeitung ist im Gegensatz zu der Neutralitätspolitik der Regierung sehr kriegsbereit, ein Ton, der mit der ersten österreichischen Niederlage vollkommen wechselt. Die ostdeutschen Zeitungen, wie z. B. die Schlesische und Breslauer Zeitung, sind ganz regierungsfreundlich. Im Osten sah man, fern der französischen und italienischen Grenze, naturgemäß die Vorgänge kühler an.

Unter den Zeitschriften beschäftigt sich das Preußische Wochenblatt zur Besprechung politischer Tagesfragen (im 8. Jahrgang in Berlin bei Schade erscheinend) energisch mit der Kriegsfrage. Es war in Opposition zur reaktionären Regierung der Fünfzigerjahre gegründet, als Organ einer Mittelpartei, die zwischen liberaler Doktrin und konservativ-reaktionärem Geiste schwankte, und hielt auch während der neuen Ära diese Mitte fest [1]). Der Krimkrieg

rede eine Antwort auf die sardinische gegeben hätte." Am 28. I. in deutlicher Sprache: „Preußen und England haben die Pflicht, ein offenes und ernstes Wort mit Frankreich zu reden, müssen erklären, daß ein Einmarsch französischer Truppen in Italien jeden Staat zu einer Kriegserklärung berechtige. Wir sagen aus Vorsicht nicht, daß sie unmittelbar den Krieg erklären müßten." Ganz anders klingt der Ton am 17. Februar: „Österreich darf sich nicht in falsche Sicherheit wiegen. Es muß in Italien aus seiner falschen angemaßten Stellung herausgehen. Es darf alles fordern, was ihm die Verträge gewähren, aber nicht mehr. Der sogenannte, durch beständige bewaffnete Einmischung aufrecht erhaltene österreichische Einfluß in Italien ist den Deutschen völlig gleichgültig oder sogar verhaßt, da auch wir von diesem Einfluß zu Metternichs Zeiten genug zu leiden hatten. Österreich muß sich hinter den Po zurückziehen. Nur dann kann es mit Sicherheit entweder auf Frieden zählen oder auf die mächtigsten Bundesgenossen." Am 28. II.: „Es wäre Torheit, in Wien zu glauben, daß die blühenden Rheinprovinzen sich aus keiner anderen Ursache verwüsten lassen sollen, als daß der kleine Despot von Modena auch fernerhin, nötigenfalls auf die österreichische Leibwache gestützt, seine schmähliche Wirtschaft treiben könne." Am 18. III.: „Warum sträubt sich Österreich gegen den Kongreß? Weil es wegen der Separatverträge ein schlechtes Gewissen hat."

[1]) Siehe darüber: Deutsche Revue 1901. Bd. III. Gruner: Rückblicke a. m. L. S. 86—87.

war eine Parteikrisis gewesen. Die Franzosenfreunde Pourtales und Usedom waren ausgeschieden, die Partei war ganz zusammengeschrumpft, Schleinitz gehörte ihr, wenn auch innerlich, so doch nicht mehr nominell an. Ihre letzte Säule war Gruner, dessen politische Gedankenwelt vollständig das Blatt beherrscht. Er billigte im allgemeinen die Maßnahmen der Regierung bis zum Ultimatum, redete aber einer maßvollen Freundschaft mit Österreich das Wort und hat auch in der Folge, als die allgemeine Sympathie sich mehr von Österreich abwandte, an diesen Tendenzen festgehalten. Es findet sich hier in einem Aufsatz vom 22. Januar „Die italienische Frage", im Gegensatz zu den idealpolitischen großdeutschen Träumereien von einer nahen liberalen Ära in Österreich der einsichtsvolle Gedanke ausgesprochen, daß Österreich den liberalen Forderungen seiner italienischen Provinzen darum schwer nachkommen könne, weil es mit solchen politischen Institutionen einen Hebel unausgesetzter Agitation gegen sich selbst schaffen werde. In der deutschen Frage hält das Blatt an dem Ideal eines losen Föderativbundes zwischen Preußen und dem außerösterreichischen Deutschland fest. Nach Gruners eigenem Bekenntnis sind viele politische Aufsätze im Wochenblatt aus seiner Feder. Jedenfalls kommen andere Ansichten nicht zum Wort.

Keine politische, aber eine vielgelesene Zeitschrift war in jenen Tagen das Deutsche Museum, der Literatur, Kunst und dem öffentlichen Leben gewidmet (im 9. Jahrgang bei Brockhaus in Leipzig erscheinend). Robert Prutz mit seinem regsamen Geist war der Gründer gewesen noch zur Zeit seiner akademischen Lehrtätigkeit in Halle, die er 1857 während der Reaktionszeit niederlegte; von nun ab ganz mit der Leitung des Museums bis in die Sechzigerjahre hinein beschäftigt. Nach seinem eigentlichen Zweck und auch unter dem Zwang der politischen Verhältnisse nahm das Museum in den Fünfzigerjahren ganz beschränkt Notiz von den politischen Ereignissen, dann aber freudigsten Anteil am Stimmungswechsel der neuen Ära, und mit der wachsenden politischen Erregung aller Kreise im Jahre 1859 wurde auch diese sonst unpolitische

Zeitschrift in das politische Fahrwasser gedrängt. Am 24. Februar erfolgt der erste Artikel „Zur Situation". Diese Überschrift führt die regelmäßige politische Rundschau mit dem Namen Prutz unterzeichnet, mit einer in dem Stimmungsrausch jener Zeit wohltuenden objektiv kühlen Darlegung politischer Doktrinen [1]), als äußerst wandelbar und darum nie dogmatischer Natur. Diesem Richterspruche unterliegt auch das vielbesprochene Nationalitätenprinzip. Die preußische Anteilnahme am Krieg wird verlangt, nicht um der Reminiszenz an die heilige Allianz willen, nicht zur Aufrechterhaltung eines reaktionären katholischen Systems in Italien, sondern einfach vom Standpunkt praktischer Politik aus; gegen zwei starke Gegner von Osten und Westen gilt die Losung „zusammenhalten" über alle Differenzen hinweg [2]). Mit Schärfe wird darauf hingewiesen, daß einzig das wohlgerüstete Preußen widerstandsfähig sei; aus den Mittelstaaten, obwohl Bayern den Kopf sehr hoch trägt, höre man nur unheimliche Gerüchte über Mängel in Personal und Armierung.

Der Kladderadatsch darf auch genannt werden. Bis zum Ultimatum verfolgt er mit beißendem Witz Napoleons Eroberungsgelüste, von da ab kehrt sich der Spieß um und Österreich wird das Hauptopfer.

---

[1]) Zur Situation a. 24. II. „In der Tat nämlich hat Napoleon nur den Mut gehabt, in nackten Worten auszusprechen, was tatsächlich von jeher geschehen ist und auch künftighin geschehen wird. Alle Verträge der Welt von Anbeginn der Geschichte haben in der Tat immer nur so lange gegolten, als sie die Kraft hatten, sich zu behaupten, d. h. als sie dem Bedürfnis derjenigen, die sich durch einen bestimmten Vertrag gebunden hatten, entsprachen; sie sind aber jedesmal zerbrochen worden, sobald neue Interessen und Bedürfnisse auftraten, mächtig genug, jene alten Formen zu zersprengen und neue Verhältnisse zu erzeugen, welche dann wieder durch Verträge befestigt wurden, die früher oder später demselben Kreislauf verfielen."

[2]) Am 12. Mai (Der Krieg): „Und zwischen diesen beiden, von einem Sinne beseelten, einem Winke regierten Kolossen nun das vielfach zersplitterte Deutschland mit seiner alten Rivalität zwischen Österreich und Preußen, mit seinem Jahrhunderte alten konfessionellen Hader, mit seinen 30 Souveränen, mit seiner Bundestagsverfassung und ihrer Unbehilflichkeit und Unfähigkeit."

Im allgemeinen wurde in Preußen das Prinzip der Regierung, Schweigsamkeit, von allen Seiten durchaus gebilligt und in diesem Zeitraum bis zum Ultimatum werden noch wenig Stimmen in Flugschriften laut. Die Weckrufe, die erschallen, gelten auch meist nicht dem engeren Vaterland Preußen, sondern moralischen Eroberungen in Deutschland für Preußen. Es sind ausgeprägte Persönlichkeiten, die uns entgegentreten; viele haben teilgenommen am Ringen der Verfassungskämpfe, manche haben die kurze Glanzzeit des Frankfurter Parlaments miterlebt. Beherrscht vom Hegelschen Staatsbegriff suchen sie den ethischen Hintergrund, den Rechtsstandpunkt. Oft schmecken ihre Argumente nach der Studierstube. Auf dem Wege des Denkens soll die Nation zur Erkenntnis ihrer Einheit gebracht werden, in langsamer Minierarbeit das Reich erobert werden, das erst Blut und Eisen schuf. Der warme Patriotismus dieser Männer ist ihre Stärke, ihr Ideal das konstitutionelle Preußen als Führer Deutschlands, wenn auch ihr preußisches Staatsgefühl noch schwächer ist als die unbestimmte Begeisterung für Deutschlands Einheit. Um dieses Ziel werben sie mit aller Kraft, und Fäden werden hin und her gespannt zwischen Süd und Nord, die treue Männer aneinander knüpfen in der Arbeit zur Wohlfahrt Preußens und Deutschlands. Um das politische Urteil der Gebildeten der Nation zu entwickeln, gründete Sybel in München seine Historische Zeitschrift, ein länger geplantes Unternehmen, das mit dem Jahre 1856 ins Leben trat. Hier war das deutliche Programm der Mittelpartei, Kampf gegen Ultramontanismus, Feudalismus, Radikalismus, ausgesprochen und, wenn auch politische Tagesfragen unerörtert blieben, so sollte an der Kritik der Vergangenheit sich von selbst die Kritik der Gegenwart bilden. Unter den Mitarbeitern sind die Namen von Ranke [1]), Häußer, Droysen. Man glaubte, freie historische Forschung und objektive Kritik müsse Preußen Freunde zuführen, den nationalen Gedanken beleben und stärken. Der Dunckersche Kreis in Halle war schon lange

[1]) Ranke freilich nicht im Dienst der Politik des Tages.

ein Asyl für solche Bestrebungen. Unter Dunckers Mitarbeit in Tübingen und später seit dem Frühjahr 1859 in Berlin im Dienst der neuen Ära erfolgt 1858 die Gründung der Preußischen Jahrbücher vom Gothaer Preßverein ausgehend [1]), die das Glaubensbekenntnis vom preußisch-deutschen Einheitsstaat in weitere Kreise tragen sollten. Haym, der zur Zeit der Olmützkrisis aus Berlin verwiesene Chefredakteur der ehemaligen Konstitutionellen Zeitung, übernahm die Leitung, Bernhardi, Springer, Häußer, Baumgarten, Sybel waren Mitarbeiter, Freytag, Aegidi, Droysen wurden von Duncker dafür gewonnen. Dem Geist der Herausgeber gemäß sollte die neugegründete Zeitschrift die Verwandtschaft eines gesunden Konstitutionalismus mit der Wissenschaft betonen, zugleich sich bestreben, die Tagespolitik durch freie wissenschaftliche Forschung zu unterstützen. Und das Jahr 1859 forderte gebieterisch Anspannung aller Kräfte in dem allgemeinen großdeutschen Taumel. Es galt, dem scheinbar teilnahmlosen preußischen Staat nationale Sympathien zu erhalten. Dunckers große Korrespondenz und angesehene Stellung — er trat im April des Jahres in die schwierige Stellung eines Beraters der preußischen Minister und eines obersten Leiters des Preßwesens — gewannen ihm Helfer von allen Seiten. Durch Zeitungen und Flugschriften sollte die preußische Regierungspolitik eine gerechtere Beurteilung erfahren, sollte aber auch diese selbst beeinflußt werden [2]). Die preußischen Jahrbücher verteidigen in ihrer politischen Korrespondenz sehr warm und beredsam bis zum Ultimatum die zurückhaltende preußische Regierungspolitik — nicht immer aus vollster Überzeugung, gewinnt man den Eindruck; be-

[1]) Siehe darüber Haym: Aus meinem Leben S. 258 ff., auch Berger „Der alte Harkort", S. 536—537.

[2]) R. Haym: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891. Auch Th. v. Bernhardi (Tagebücher Bd. III. Leipzig 1894) berichtet am 19. V. 1859, S. 226, von einem Gespräch mit Duncker, der von Schwierigkeit der Beeinflussung der süddeutschen Presse spricht und es mit Artikeln für süddeutsche Zeitungen und Flugschriften versucht. „Duncker wirkt fortwährend in der großen Politik in unserm Sinne."

sonders im April entfährt ihnen manchmal ein Seufzer über die unerschütterliche Schweigsamkeit. Aber man wollte wohl der Regierung Freunde erhalten und Freunde gewinnen zu einer Zeit, wo sie scharfen Angriffen in nächster Nähe ausgesetzt war. Die Oppositionspolitik der Kreuzzeitung und im Herrenhaus erfährt lebhafte Mißbilligung in den Jahrbüchern [1]) aus dem oben angeführten Grunde. Als Aufgabe der preußischen Politik wird eine zweifache wieder und wieder betont, erstens der europäischen Großmacht Preußen die freundlichen Beziehungen zu England, Frankreich und Rußland zu erhalten, und zweitens im Gegensatz zu dem reaktionären Österreich das liberale Prinzip in Preußen im Ausbau seiner inneren Verfassung zur Geltung zu bringen. Die politischen Korrespondenzen aus Berlin, London, Süddeutschland geben interessante regelmäßige Stimmungsbilder und wirken im Sinne des Ausgleichs zwischen Süd und Nord. Von München aus wird stets auf die Schwierigkeit, fast Unmöglichkeit, sich dem großdeutschen Einfluß der Augsburger Allgemeinen entgegenzustemmen, hingewiesen [2]), und eine gleich starke Wirkung im kleindeutschen Sinne durch intensivere Parteinahme und deutlichere Sprache der Berliner Blätter als Rettungsmittel erstrebt. Die Bücherschau gibt regelmäßigen Bericht auch über neueste politische Flugschriften, stets von demselben etwas nüchternen Standpunkt des gesunden Menschenverstands aus. Rößlers Broschüre „Preußen und die italienische Frage" [3]), auf die später eingegangen werden wird, wird als Ausfluß deutscher Ideologie im Ton französischer Pamphletistik abgelehnt, den strategischen Erläuterungen von Engels „Po und

---

[1]) Preuß. Jahrb. I. Bd. S. 350—351.

[2]) Südd. Korr. v. 15. IV. (I. Bd. S. 483.) „Das Blatt warf alle übrigen Interessen beiseite, überließ Literatur, Kunst, Industrie, alle innere Politik, vor allem die preußischen Kammerverhandlungen ihrem Schicksal, sprach täglich zweimal von nichts als Krieg, von den formidablen Rüstungen Frankreichs, von den frechen Piemontesen, den verkommenen Italienern, der herrlichen Deutschheit Österreichs, der preußischen Zauberpolitik."

[3]) Bd. I. S. 492.

Rhein" [1]), über die Entbehrlichkeit der Minciolinie für Deutschlands Sicherheit beigepflichtet, Baumgartens großdeutsche Begeisterung („Was will Deutschland im Kriege?" s. o.) als „Gefühlspolitik" bezeichnet [2]). Klar, nüchtern, etwas doktrinär ist der Ton in den Abhandlungen wie in der Kritik, in der Klage, daß die Blütezeit unserer Literatur, in der Exklusivität ihres klassischen Ideals, keine nationale sei und darum kein geistiges Band zwischen Süd und Nord, ebenso wie in dem gesunden Widerstand gegen die Wundergläubigkeit und Engherzigkeit eines Stahl und Hengstenberg. Dem Rechtsstaat Preußen gehört Deutschlands Zukunft, denn aus Recht erwächst die Macht, eine Doktrin, die von der nachfolgenden Konfliktszeit stark ins Unrecht gesetzt wurde.

Es galt einen schweren Kampf für Preußen in Süddeutschland, einen Kampf, geführt gegen den ehrlichen Patriotismus der Augsburger Allgemeinen, aber auch gegen Feinde des nationalen Gedankens, Ultramontanismus und Partikularismus, die hier ihre Macht befestigt hatten. Einen Kreis von auserlesenen Männern versammelte Heinrich von Sybel in München um sich [3]). Der ehrenvolle Ruf des feinsinnigen bayrischen Königs hatte 1856 den Rheinpreußen an die Münchener Hochschule gerufen, mitten in eine engpartikularistische Umgebung. Neben dem Historiker Sybel war der Züricher Bluntschli als Rechtslehrer tätig. Was ihn aus der Heimat vertrieben hatte, der Kampf gegen Orthodoxie und Radikalismus, er führte ihn im neuen Vaterlande fort, dessen Zukunft ihm eng mit dem protestantischen Preußen verknüpft schien [4]). Auch ein Bayer trat dem Kreise bei und hielt im ehrlichsten Überzeugungskampf fest an Preußens Vormacht. Es war Brater, der allen Anfeindungen zum Trotz in der Bayerischen Wochenschrift, die am 1. April in München ins Leben trat, zu

[1]) Bd. I. S. 493.

[2]) Bd. I. S. 374 ff.

[3]) Siehe Bettelheims biogr. Blätter 1895. Varrentrapp: H. v. Sybel. S. 376 ff.

[4]) Siehe Bluntschli: Denkwürdiges a. m. Leben. Nördl. 1884.

einer Zeit, als man noch auf mögliche Beilegung der Kriegsgefahr durch einen Kongreß hoffte, die Stimme eines treuen patriotischen Warners und Beraters erhob. „Arbeit am Vaterlande im unwandelbaren Glauben an dessen Zukunft" wird als Programm der Neuerscheinung genannt, ein weiteres wird nicht aufgestellt, aber es tritt auf jeder Seite ans Licht: Österreich, der Staat der Reaktion und des Konkordats [1]), ist, solange er das bleibt, lebensunfähig. Dem liberalen Preußen gehören Deutschlands Sympathien. Aber aus Gründen der praktischen Politik wird Deutschlands Waffenhilfe in diesem Kriege verlangt [2]). Verständige Warnungen, den Ton dem starken preußischen Staat gegenüber nicht zu hoch zu stimmen, kehren immer wieder. Den Mächtigen zu reizen, ist politisch unklug [3]), soll er gewonnen werden, dann ist es nur

[1]) Am 16. April: „Lange Jahre hindurch hat Österreichs absolutistischer Einfluß hemmend jedem Fortschritt in Mitteleuropa im Wege gestanden." — — „Alle Hoffnung auf eine baldige Besserung scheint das leidige Konkordat abgeschnitten zu haben, zumal da die bei seiner Veröffentlichung verheißene Gleichberechtigung der übrigen Konfessionen noch immer auf dem Papiere steht."

[2]) Am 16. 4. „Und dennoch halten wir aus Gründen der inneren Politik an der Ansicht fest, daß Deutschland mit aller Kraft für Österreich einzustehen habe, obwohl sich uns, wenn wir an Konkordat, Hessen und Nordelbinger denken, das Herz im Leibe umdrehen möchte. Wir halten an ihr fest, weil wir in dem Kaiser der Franzosen, der sein eigenes Volk geknechtet, unter allen Regenten Europas am wenigsten den Vertreter einer gesunden inneren Politik erkennen können, und, zwischen zwei Feuer gestellt, in Gottes Namen lieber am eigenen, als am fremden braten wollen; weil wir die politische Richtung Österreichs als eine vorübergehende betrachten, wie die Manteuffel-Westfalensche Regierungsweise in Preußen eine vorübergehende war, und die Entwicklung unseres Volkes nicht nach Dezennien rechnen, weil wir, um unsern letzten und tiefsten Grund auszusprechen, den nationalen Zusammenhalt Deutschlands höher anschlagen, als ein Mehr oder Minder politischer Freiheit, die auf die Dauer eben doch keinem Volk vorenthalten werden kann, das durch Bildung und sittlichen Ernst ihrer so würdig sich erweist, wie das deutsche."

[3]) Am 14. Mai: „Die nämliche Idee bleibt ein phantastischer Traum, solange sie nicht die ganze Nation einmütig ergriffen hat. Es fragt sich, ob die Gesinnung des Südens und Westens auch in Preußen durchdringt und für die preußische Regierung bestimmend wird."

möglich durch Einlenken in seine Politik. Die letzten Parteiziele konnten in Süddeutschland und Berlin auch bei den Liberalen nicht dieselben sein. Es konnte sich schließlich immer nur um eine Verständigung handeln.

Nur zwei Flugschriften mit stärkster kleindeutscher Parteinahme lehnen damals mit Entschiedenheit die Notwendigkeit einer preußisch-deutschen Anteilnahme am Kriege ab. Aus dem Norden Deutschlands erhebt ein Mann seine Stimme, der schwer unter dem Leid seiner Heimat litt, der Schleswig-Holsteiner Wilhelm Beseler. In den hoffnungsvollen Tagen des Frankfurter Parlaments, als Statthalter der Herzogtümer, hatte er der Hoffnung auf eine deutsche Zukunft seines Vaterlandes sich erfreut. Als sie sich nach wenigen Jahren mit dem Londoner Protokoll als eine trügerische erwiesen, schied er aus dem Dienst eines Staates, dessen Politik ihm keine deutsche schien, und lebte fern der Heimat in Braunschweig. Da wurde ihm, wie vielen, das Jahr 1859 ein Weckruf zur politischen Arbeit. Schmerzlich mußte ihn die Begeisterung ergreifen, die aus allen Teilen Deutschlands zu den Waffen rief, denn ein deutsches Land sei in Gefahr. Zur Befreiung des eigenen Vaterlandes vom dänischen Joch hatte sie nicht ausgereicht, und es ist begreiflich, wenn er von diesem Gesichtspunkt aus die politischen Fragen beurteilt. Aus seiner Flugschrift „Das deutsche Interesse an der italienischen Frage" spricht der treue Patriot mit staatsmännischem Blick und der Ruhe des Gelehrten. Die italienische Frage scheint ihm nur vom europäischen Standpunkt aus zu lösen. Er faßt die Eventualität eines Verlustes der Lombardei ins Auge und sieht darin keinen Kriegsfall für den Deutschen Bund, der nur bei Gefährdung national-deutscher Interessen einträte. Napoleon sei ein kühler Rechner, der Preußens Hegemonie nicht beanstanden werde, wenn er im italienischen Krieg freie Hand behalte. Die Entwicklung der Dinge drängt nach des Verfassers Ansicht auf ein Kleindeutschland, wobei Preußen die ausschließliche militärische und diplomatische Leitung Deutschlands zusteht. Wie er sich die Gestaltung derselben denkt, hat er in einer

neuen Flugschrift nach Abschluß des Friedens erklärt, auf die später hingewiesen werden wird.

Erst nach dem Friedensschluß gelangte eine kleine Flugschrift zum Druck unter dem Titel „Juchhe nach Italia", die aber, bereits vor Kriegsausbruch geschrieben, der antiösterreichischen Tendenz wegen nur sehr schwer einen Verleger fand und erst nach Monaten durch Karl Vogts Vermittlung, den Julius Fröbel in seinen späterhin zu erwähnenden „Briefen über die Bestandteile der deutschen Parteien" der Verfasserschaft beschuldigte, bei Baist in Frankfurt a. M. mit der Angabe Bern gedruckt wurde. Sie gelangte also verhältnismäßig spät zur Kenntnis des Publikums. Ich glaube aber mit Recht, sie besser hier, der Zeit ihrer Konzeption entsprechend, einzureihen, umsomehr, als sie nicht zu den publizistischen Äußerungen gehört, die ausgedehnterer Kenntnisnahme sich erfreuten. Der Verfasser ist Ludwig Bamberger, und für ihn bezeichnet diese Arbeit das öffentliche Bekenntnis eines sich lang vorbereitenden Umschwungs seiner politischen Ansichten. Bamberger gehört zu denen, die die großen politischen Wandlungen des Vaterlandes von 1815 bis 1870 an sich selbst erfahren haben. Er war Republikaner in seiner Jugend, unter der Reaktion flüchtig und der Politik fernbleibend im Ausland, bis der Regierungswechsel in Preußen wieder den Politiker in ihm weckt, ihn zum Parteigänger Preußens macht und mehr und mehr in das Lager Bismarcks zieht. Das Ziel seiner politischen Hoffnungen blieb aber durch alle Phasen dasselbe, der Republikaner so gut wie der Liberale Bamberger haben nur ein Ideal, die deutsche Einheit [1]). Die politische Anpassungsfähigkeit, die solcher Wechsel der Wege zum Ziel voraussetzt, und die doch immer wieder durchblickenden weltbürgerlichen Tendenzen sind gewiß auch Symptome seiner jüdischen Abstammung und der damit verbundenen geistigen Beweglichkeit, sowie seines langen Aufenthaltes in Paris in internationalen Kreisen. In seinen

[1]) Siehe darüber H. Oncken: L. Bamberger. Preuß. Jahrbücher April 1900.

„Erinnerungen" bezeichnet er das Jahr 1859 als einen großen politischen Wendepunkt, erzählt von der Erregung der Gemüter bei sich und anderen und von dem sich daran anknüpfenden leidenschaftlichen Parteizwist. Für seine Person trat er auf die kleindeutsche Seite und sah Deutschlands Heil einzig in dem neuen Preußen, das an der Spitze Deutschlands die günstige Gelegenheit der Erschütterung des reaktionären Nachbarstaates für nationale Zwecke ausnützen könne [1]). Was er klar erkannte, wollte er anderen weniger kühlen, vom Preßgeschrei verwirrten Köpfen auseinandersetzen. Das ließ oben genannte kleine Flugschrift entstehen. Was sich schon im Titel zeigt, auch der Ton der Abhandlung ist auf populäre Wirkung berechnet, nicht frei von kleinen Plattheiten des Ausdrucks. Bamberger wollte die angeblich patriotische allgemeine Erhebung als Gaukelspiel brandmarken und deutet sie mit ihrem ganzen Franzosenhaß als von Österreich und den kleinen Dynasten unter Preßgeschrei und jesuitischen Umtrieben in Szene gesetzt, mit dem einzigen geheimen Zweck der Erhaltung der partikulären Landessouveränitäten [2]). Preußens Aufgabe ist die Sardiniens, wenn Deutschland überhaupt zu einer Existenz kommen soll. Den Kleinstaaten gegenüber ist Bamberger einem summarischen Annexionsverfahren nicht abgeneigt.

---

[1]) L. Bamberger: Erinnerungen (S. 389). „So wenig Glauben auch die preußische Regierung einflößte, die parlamentarischen Kämpfe und der Gedankenaustausch mit den preußischen Liberalen hatten genügt, um bei dieser Wendung neue Hoffnung zu schöpfen, während das jetzt bedrohte Österreich als der Sitz aller Hindernisse und aller Korruption mit Recht für das Erbübel aller Verrottung des deutschen Staatswesens galt."

[2]) Bamberger: Juchhe nach Italia. „Für uns handelt es sich nicht um Bonaparte, nicht um Italien, sondern einzig um die Gefahr, die der deutschen Einheit droht von Österreich und aus dem Lager des Absolutismus. Wenn Habsburg in Gefahr schwebt, so wankt mit ihm Jesuitismus, Reaktion, Polizeiregiment, alle die Elemente, die bis jetzt ein einiges Deutschland niederhalten." — „Das ist und bleibt doch der einzige Ausweg aus Deutschlands Jammerzustand, daß Preußen möglichst weit das Raubstaatensystem absorbiere."

Nach der Stimmung, die sich in den genannten kleindeutschen Zeitungen und Zeitschriften ausspricht, hielt man im kleindeutschen Lager zu Anfang des Jahres 1859 die Teilnahme Preußens und Deutschlands zu Gunsten Österreichs in dem bevorstehenden Krieg für unvermeidlich. Das geschah nicht aus Sympathie für Österreich, aber in der Sorge, dem früher oder später eintretenden französischen Angriff auf die Rheingegend, den man vorauszusehen glaubte, nun auch mit allen Kräften wirksam entgegentreten zu können. Aber man wünschte Besonnenheit und Zurückhaltung und erwartete von der Einsicht des Berliner Kabinetts den richtigen Zeitpunkt zum Eingriff. Nur vereinzelte Persönlichkeiten, wie Beseler und Bamberger, vertraten schon damals unerschüttert den Neutralitätsstandpunkt, und die eindringliche Sprache, die sie führen, beweist, daß sie sich einer Majorität gegenüber fühlten.

3. Kapitel. Die preußische Publizistik

Den Preußen vom Kleindeutschen zu scheiden, ist nicht immer leicht. Preußisch bedeutet hier selbstverständlich nicht die Herkunft, sondern die Tendenz. Ziele und Wege zum Ziel sind bei beiden politischen Richtungen im Grunde ähnlich, aber bei dem Kleindeutschen war der alte Unionsgedanke der Endzweck, dessen Verwirklichung nicht ohne Konzessionen seitens der preußischen Monarchie möglich war. Preußisch dachte, wer ohne Rücksicht auf kleindeutsche Einheitsträume einzig das preußische Staatsinteresse im Auge hatte, auch da, wo es dem allgemeinen deutschen entgegenstand. Daß Bismarck unter den preußischen Staatsmännern der einzige Politiker großen Stiles war, ist erwähnt. Er besaß in seinem Vaterlande wenig Geistesverwandte in seinem gesunden preußischen Partikularismus. Diese wenigen verfolgten vom preußischen Boden aus preußische Interessen mit dem gleichen Ziel, nur Mittel und Wege waren verschieden. Die verwegene Kühnheit der Pläne lag allein auf dem Wege des Genies.

Diese wenigen Preußischen kennzeichnen sich durch größeren

Realismus der politischen Anschauungen vor den anderen Parteimännern. In einem, wie die deutschen Bundesverhältnisse nun einmal lagen, gesunden Partikularismus sprechen sie es aus, daß sie erst Preußen sind, dann Deutsche, daß jede Frage der äußeren Politik nach ihrem Vorteil und Nachteil für Preußen betrachtet werden muß. Hier hören wir nichts von Nationalitätenprinzip, von heiligen Verträgen, von Bundespflichten; stolz bekennt Julian Schmidt[1]): „Wir Bewohner der altpreußischen Provinzen waren samt und sonders Märker, das heißt Kolonisten aus den verschiedensten deutschen Stämmen," und „der preußische Staat enthielt gleich bei seinem Entstehen eine Mischung deutscher Stämme". „Wenn wir Rassenpolitik treiben wollen," sagt Bluhm (Denkschrift betreffend die preußische Machtstellung im deutschen Nordwesten), „dann wäre Frankreich in der Lage, sich vom Rhein bis an die Elbe auszudehnen." Mit stolzer Freude sehen sie den lebenskräftigen Staat Preußen, der durch seine Assimilationskraft das Nationalitätenprinzip Lügen straft und durch seine Existenz sein Lebensrecht beweist. Wie frische Morgenluft mutet es uns an, wenn nach allem Gefühlspolitisieren, nach allem spitzfindig theoretischen Hin und Her der anderen die Fragen der Heiligkeit der Verträge, des Rheinbesitzes einfach gelöst werden als Fragen der Macht und nicht des Rechtes. Es sind wenige tapfere Männer, die solche Politik vertreten, sie stehen sehr isoliert mit ihrem Glauben an die selbständige Kraft des Staates.

Aus den ersten Tagen des Jahres 1859 stammt die geistvolle Denkschrift Agidis „Suum cuique" mit wertvollen Fingerzeigen. Ludwig Agidi hatte in jener Zeit, unsern dem Sybelschen Kreise und mit diesem in Beziehung, eine Professur in Erlangen inne. Der spätere freikonservative Parlamentarier nahm längst regsten Anteil an der deutschen Politik. Von der Seite der Regierung war man schon auf ihn aufmerksam geworden, stammte doch die für das Frank-

[1]) J. Schmidt: Bilder aus dem geistigen Leben unserer Zeit. Bd. I. S. 48.

furter Parlament bestimmte amtliche Denkschrift der preußischen Regierung 1848 zur polnischen Frage aus seiner Feder. Der alte Einheitstraum ist auch in ihm lebendig, aber „so paradox es klingen mag, so gewiß wahr ist es, daß in der nächsten Zukunft unseres deutschen Vaterlandes der Partikularismus berufen ist, eine bedeutende und wohltätige Rolle zu spielen. Mit einem Wort — der Partikularismus ist das unumgängliche Organ der Einheitsidee, ist die geschichtliche Grundlage ja selbst der Anfang ihrer Verwirklichung“ [1]). Von diesem realpolitischen Boden überschaut er die Möglichkeiten preußischer innerer und äußerer Politik. Den Zollverein hat gesunder preußischer Staatsegoismus geschaffen. Dieser Weg ist weiter zu beschreiten zu Deutschlands Heil, denn „je wahrhafter preußisch, desto mehr deutsch ist Preußen!“ Nach diesem Grundsatz ist die Hand an den inneren Ausbau des Staates zu legen. Greifbare Handhaben für Unionspläne sieht Agidi wohl vor sich, aber sein realer Sinn rechnet mit gegebenen Persönlichkeiten und Verhältnissen, mit der friedliebenden Natur des Regenten. Er warnt vor überirdischem Enthusiasmus über partikulare Interessen hinweg, aber ein Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund schien ihm damals noch utopistisch. Daß er dreiviertel Jahre später anders dachte, beweist der Apologet Preußens nach Villafranca, als welchen wir ihn seiner Zeit kennen lernen werden. Die große Schwierigkeit einer allen Teilen entsprechenden Lösung der italienischen Wirren läßt ihn hier an dieser Lösung unsicher herumtasten. Jedenfalls Ablehnung aller westlichen Anträge schien ihm damals Gebot der politischen Moral, Schutz der Rheingrenze und der deutschen Ostgrenze — die Südgrenze bleibt Österreichs Aufgabe — Gebot der politischen Klugheit. Die Abfassung seiner Abhandlung fällt, da die ersten Zeitungsbesprechungen schon im Februar erscheinen [2]), spätestens in den Januar, wo ihm, vielleicht unter dem Eindruck der Neujahrsgratulation, ein französisch-deutscher Krieg

[1]) „Suum cuique“ S. 30.

[2]) Scheffer: Die preuß. Publizistik im Jahre 1859. S. 22. Anm. 4.

sicher zu sein schien. Er spielt sogar schon mit dem Gedanken einer Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, und zwar für Preußen. Das nächste Jahr sah ihn schon in Berlin als Publizist, auch unter den Mitarbeitern der offiziösen Preußischen (Stern-) Zeitung, später der Berliner Allgemeinen Zeitung, des Organs der Altliberalen.

Auf demselben Boden, aber mit deutlicheren Fingerzeigen für eine Bundesreform steht Bluhm mit zwei Broschüren: „Die Politik der Zukunft vom preußischen Standpunkte", Ende 1858 und „Denkschrift betreffend die preußische Machtstellung im deutschen Nordwesten", Anfang 1859. Bluhm bekämpft energisch den Dualismus der Großmächte am Bunde. Er wünscht eine reinliche Scheidung durch die Mainlinie, denn wirtschaftlich und geographisch zerfällt ihm Deutschland in Süd und Nord, die er nur durch ein loses Bündnis zusammenhalten will. Die Notwendigkeit einer preußischen Annexionspolitik wird betont, die polnische Gebiete zum Zielpunkt hat.

Die erste Broschüre gab Veranlassung zu einer Gegenschrift eines anderen Preußen, Konstantin Rößlers, der mit einem „Sendschreiben an den Politiker der Zukunft vom preußischen Standpunkt" hervortrat. Auch für Rößler war 1859 das Jahr der Wendung seines Lebens [1]). Bis zu diesem Zeitpunkt lebte er hauptsächlich seiner Jenenser Lehrtätigkeit, nebenher freilich die Politik mit regstem Interesse verfolgend und längst in Beziehung zu den Leitern der Grenzboten, Gustav Freytag und Julian Schmidt. Die mit der neuen Ära eintretende größere politische Rede- und Denkfreiheit machte ihn zum Berufspolitiker, als welcher er vierzig Jahre lang mit aller Kraft und Leidenschaft tätig war. Sein „Sendschreiben" an den ihm unbekannten Verfasser ist voll Anerkennung für dessen mathematisch-strategischen Gedankenbau, woran sich von selbst die Warnung vor Überschätzung solcher theoretischen Hirngespinste für die praktische

[1]) Preuß. Jahrbücher 1897. Bd. 90. S. 189 ff. Delbrück: Konstantin Rößler.

Politik knüpft. Besonders der Gedanke der politischen und wirtschaftlichen Zweiteilung Deutschlands wird energisch bekämpft. Der Zollverein bahnt gerade der wünschenswerten wirtschaftlichen Einigung Deutschlands die Wege, die, so ist die Hoffnung aller gut preußischen Patrioten, nur die Vorläuferin der politischen sein möge. Hier sieht Rößler geradezu eine Lebensfrage des preußischen Staates. Die nach Bluhm anzustrebende Ausrundung Preußens durch Annexion polnischer Gebiete bringt den Staat nur in eine doppelte Gefahr, die des Nationalitätenstreites und der Zunahme der klerikalen Untertanen. Solche Annexionspläne hemmen den Einigungsprozeß, der, vollzogen, Deutschland stark und widerstandsfähig machen wird gegenüber einem späteren französischen Vorstoß. Vorderhand lehnt Rößler die Gefahr aggressiver Politik gegen Preußen von seiten Frankreichs und Rußlands durchaus ab. Die Interessen beider Mächte liegen am Schwarzen Meer und am Mittelmeer. Wenn Preußen ihnen jetzt wie im Krimkrieg den guten Dienst einer Neutralitätspolitik leistet, so wird ihre Gegenleistung sein, Preußen ungestört die Arbeit der Einigung des westlichen und mittleren Deutschlands vollziehen zu lassen. Kein Doktrinarismus im Verhältnis zu den zwei Großmächten im Osten und Westen, keine Sentimentalität im Verhältnis zu Österreich, das ist des Verfassers Rezept für die preußische Politik und deren Ziel: „Die deutsche Welt zum Staat zu erheben, ist die Aufgabe Preußens."

Etwas später, noch vor dem Ultimatum, griff Rößler noch einmal zur Feder mit einer Flugschrift, die, soviel ich weiß, in keiner größeren Zeitung unerwähnt geblieben ist, in keiner einzigen aber mit ungeteiltem Beifall begrüßt wurde. Sie wurde von großdeutscher Seite als trauriger Beweis von mangelndem Patriotismus angeführt, aber auch den wohlgesinntesten Kleindeutschen ging der Verfasser zu weit. Daß man Bismarck der Autorschaft zieh, ist schon erwähnt; dasselbe geschah Heinrich von Arnim, der sich öffentlich dagegen verwahrte [1]). Das Exemplar der Frankfurter Stadtbibliothek

[1]) Ernst II. von Koburg: Aus meinem Leben. Bd. II. S. 514.

trägt den Vermerk, Pourtales sei der Verfasser. Es gab so wenige Franzosenfreunde, und diese waren allgemein bekannt, daß man einem von ihnen sie zuschreiben mußte. „Preußen und die italienische Frage" ist eine der gewandtesten und interessantesten Äußerungen jener Zeit, und diejenige, die sich am ersten dem Bismarckschen Ideengang nähert mit einer kühlen, fast feindseligen Beurteilung Österreichs und einem gewissen Wohlwollen der französischen Politik gegenüber. Es ist aus diesem Grunde begreiflich, wenn bei Rößlers Auseinandersetzungen etwas länger verweilt wird. Als eine Politik der Gemütlichkeit bezeichnet er die Österreich freundliche Politik, die ruhig Undank, Beleidigung, Beeinträchtigung jeder Art zu Gunsten des ungroßmütigsten und unbarmherzigsten Gegners [1]), des Kaiserstaats, erträgt und in Gefahr steht, auch jetzt in der Krisis des italienischen Krieges durch den unnütz auf Preußen gezogenen französischen Haß das ganze Machtbestreben Frankreichs von dem Mittelmeer nach den Ufern des Rheins und der Nordsee zu lenken. Die Kriegsfrage als eine deutsche zu betrachten, wird ganz von der Hand gewiesen, weil es sich um die Aufrechterhaltung einer aussichtslosen Fremdherrschaft — so erscheint dem Verfasser die österreichische Herrschaft in Italien — und eines kulturhemmenden reaktionären politischen Systems handelt. Und für dies System, dem ein uneiniges Italien und Stärkung der päpstlichen Gewalt als Mittel zum Zweck dienen, soll sich Preußen nicht allein gegen Frankreich und Italien, sondern nahezu gegen eine Welt schlagen? Vom gleichen realpolitischen Boden aus erfolgt die Kritik der europäischen Verträge, die genau nur so lange verbindlich, als sie dem einzelnen Staat zweckdienlich sind. Und des großen Friedrich Autorität wird für die Zulässigkeit dieses scheinbar ketzerischen Gedankens angerufen [2]). Gleicherweise nüchtern und objektiv ist die Motivierung der

[1]) Preußen und die italienische Frage. Berlin 1859, Springer. S. 43. „Österreich ist jetzt der in Preußens äußere Lebenssphäre übergreifende und ebenso dem inneren Leben Preußens feindliche Nebenbuhler."

[2]) Histoire de mon temps. Avant-propos. 1746.

englischen und russischen vernunftgemäßen Neutralitätspolitik. Diese ganze Gedankenreihe ist Geist von Bismarcks Geist! In einer anderen Hinsicht aber ist Rößler von der politischen Romantik der Anschauungen, die er so sehr verdammt und die für viele deutsche Ideologen jener Zeit kennzeichnend war, selbst nicht ganz freizusprechen. Das ist in seiner Begeisterung für eine neue Renaissance Italiens zu nationaler Einheit, wenn es sich von dem falschen Zentrum des Papsttums befreit, und in seiner Beurteilung Napoleons, den er sich als dämonischen Schicksalsmenschen mit einem starken Zug zum Weltbeglücker konstruiert [1]). Hier sprechen doch wohl Sympathien stärker mit, als ein Realpolitiker sie sich gestatten dürfte. Die ausgeprägt theologischen Neigungen des Verfassers gewähren ihm noch nach einer anderen Richtung hin interessante Ausblicke. Die Erschütterung des päpstlichen Stuhles, die der Krieg seiner Meinung nach mit sich bringen wird, die dadurch mögliche Folge einer zweiten Verpflanzung des Oberhauptes auf französischen Boden, scheinen ihm die Vorboten einer Umbildung der katholischen Kirche in nationalem Sinne, an deren Möglichkeit Rößler, auch unter dem Einfluß der Romantik, glaubte. Er sympathisiert stark mit gallikanischen Bestrebungen und hofft darin ein Vorbild für Nationalkirchen in allen Staaten, ein Lieblingsgedanke, dem er zur Zeit des Kulturkampfs sehr nahe trat [2]), bis ihm die Unmöglichkeit seiner Verwirklichung zweifellos wurde.

---

[1]) S. 20. „Der Kaiser, wie man auch von ihm denken möge, ist ein zu gebildeter Geist, um bloß auf die schlechten Eigenschaften der Menschen seine Rechnung zu stellen. Er rechnet, anders denkend als der Fürst Schwarzenberg, auf die Dankbarkeit der Völker. Er glaubt, daß die Wohltat der italienischen Befreiung von der Fremdherrschaft gerade bei uneigennütziger Durchführung, d. h. bei einer Durchführung, die nach vollendetem Werk sich von jedem überflüssigen Eingreifen fern hält, zwischen Italien und Frankreich ein Band schlingen müsse, welches für Frankreich von höchstem Wert sei. Er glaubt, daß eine edle Tat des französischen Volkes, durch die napoleonische Dynastie vollbracht, nicht nur das ideale Gefühl der Franzosen befriedigen, sondern Frankreich auch in Italien einen Bundesgenossen zuführen müsse" u. s. w.

[2]) Preuß. Jahrb. 1886. Aufs. „Evangelicus" Bd. LVII. S. 497.

In seiner Stellung zur deutschen Frage nähert sich Rößler in gewissem Sinne Bismarckschem Ideengang. „Preußens Verhältnis zu Österreich kann nicht schlimmer werden, als es ist" (S. 43), das heißt, eins muß dem anderen in Deutschland weichen. Österreich aber ist das störende Element für eine gesunde Organisation Deutschlands, indem es einerseits uns in sein überlebtes Schutz- und Monopolsystem hineinziehen will, anderseits als päpstliche Großmacht unsere kirchliche Entwicklung hemmt. Losgelöst aus Deutschland, nur in losem Bundesverhältnis zu ihm stehend, wird es den gesunden Boden individueller Entwicklung finden, die auf Kulturaufgaben im Osten hinweist; dadurch gewänne es, was es bis jetzt vergeblich erstrebt — eine Nationalität [1]). Die nächste gebieterische Forderung einer Politik des außerösterreichischen Deutschlands ist ein stärkerer Anteil Preußens an den Rechten am Bund. Preußen ist Deutschlands Schutz und Stärke, also muß es über die gesamten deutschen Verteidigungsmittel gebieten können und einen höheren Anteil an den Einnahmen des Zollvereins erhalten, als nach Maßgabe der Bevölkerungszahl. Die Teilnahme der übrigen Regierungen an der Staatsgewalt kann in Ausschüssen deutscher Kammern im preußischen Landtag oder durch Konstituierung eines dritten Hauses neben den beiden preußischen geschehen.

Wie man sieht, sind die Ziele der vorgeschlagenen Politik Rößlers denen Bismarcks nicht fern, deutlicher aber kann gerade darum der Unterschied zwischen dem Praktiker und dem Theoretiker nicht in die Erscheinung treten. So oder ähnlich mag das Bild des preußisch-deutschen Zukunftsstaates

[1]) S. 38. „Österreich darf die Organisation Deutschlands nicht länger hindern. Nur so kann es Deutschland zum wahren und starken Freund gewinnen, der in Österreichs Erfolgen nicht mehr die eigene Gefahr aufsteigen sieht. Wenn Österreich Preußen als allein leitende Bundesmacht anerkennt, mit dem Bund sich nur durch Preußen verbindet, jede unmittelbare Stimme im Bundesrat und Einfluß auf die einzelnen Bundesstaaten aufgibt, seine Besatzungen aus den Bundesfestungen zurückzieht, so kann Deutschland eine Menge Maßregeln durchführen, die seine Kraft auf das höchste steigern und dem ganzen deutschen Leben einen ungeahnten Aufschwung geben."

auch im Kopfe des damaligen preußischen Gesandten ausgesehen haben. Aber er kannte auch den einzigen Weg, der dorthin führte, den großen Machtbeweis des Waffenerfolgs. Wie Rößler seine Leser durch Vernunftgründe überzeugen will, so meint er, muß die deutsche Frage durch ihre Vernunftmäßigkeit schließlich im preußisch-deutschen Sinne gelöst werden. Liegt darin nicht etwas von der von ihm so sehr verspotteten Politik der Gemütlichkeit? Aber es soll Rößler am allerletzten zum Vorwurf gereichen, daß er dem Gedankenkreis des Gewaltigen nicht ganz nahe kam. Verwandt war er ihm von allen Publizisten doch am meisten in der klaren Erkenntnis der Notwendigkeit des Ausschlusses von Österreich aus Deutschland für die Zukunft des preußischen Staates. Eines vor allem muß ihm unvergessen bleiben, daß er zu den ersten gehörte, die in Bismarck schon während des Verfassungskonflikts den Mann der Zukunft sahen.

Wenig politischer Sinn, aber wohlgesinntes Preußentum kennzeichnet den Verfasser von zwei Broschüren, die kurz nacheinander im Springerschen Verlag erschienen, die erste „Kaiser Napoleon III. und Preußen" im Februar, die zweite „Preußen und der künftige Kongreß" unter dem Eindruck der Kongreßverhandlungen im März. Sie sind Ausflüsse liberalisierender Tendenzen, des Wunsches, Preußen als Hort des Konstitutionalismus von einer Unterstützung des reaktionären Metternichschen Systems fernzuhalten. Die daran angeknüpften Bundesreformpläne sind gut gemeint, aber rechnen weder mit den gegebenen Verhältnissen, noch den Möglichkeiten. Ihr praktischer Wert liegt einzig in dem Grundprinzip: „Unsere Politik sei weder österreichisch, noch französisch, noch russisch, sondern preußisch."

Diese stark ausgeprägte preußische Tendenz ist aber nur von einzelnen Männern als Überzeugung ausgesprochen worden. Diese Stimmung konnte noch nicht die einer Partei sein. Von einem festumrissenen preußischen Programm kann noch gar nicht die Rede sein. Auch die wenigen Vertreter solcher Gesinnung differieren in der Form ihres politischen Zieles wie in den Mitteln und Wegen zu seiner Erreichung. Eines

nur verbindet sie, das ist der feste Glaube an die selbständige Kraft des preußischen Staates nach innen und außen, die trotzige Stärke des rocher de bronze, auch ohne den Bund, auch ohne Österreich, allen Feinden gegenüber. Es ergibt sich von selbst, daß es noch keine Tageszeitung „preußischer" Tendenz geben konnte, sie hätte eben keinen Leserkreis gehabt. Unter den Zeitschriften dürfen die Grenzboten jenes Jahres als Organ ausgeprägt preußischen Empfindens gewiß gelten. Sie waren einige Jahre vor 1848 gegründet in Opposition zu Metternichs System und hielten diese auch in den Fünfzigerjahren aufrecht. Verzweifelnd an Österreichs Führerschaft, nahmen sie dessen Ausscheiden aus Deutschland in ihr Programm auf und sahen in der preußischen Führung, auch zu einer Zeit, wo dieser Staat ganz in reaktionärem Sinne geleitet werde, Deutschlands Zukunft [1]). Mit der neuen Ära wurde die Arbeit der Zeitschrift eine aussichtsvollere im Hinblick auf einen hoffnungsreichen Fortschritt in liberalem Sinne [2]). Es sind gute Namen, die sich unter den Mitarbeitern finden, außer Freytag, dem natürlich vor allem der belletristische Teil zufiel, Rößler, der junge Treitschke, Karl Mathy und der tapfere Julian Schmidt. Wenn bis 1859 literarische Fehden im Vordergrunde gestanden hatten und Julian Schmidts streitbare Feder gegen romantische Überkultur zu Felde zog, so war es von 1859 an die Politik, die ihn zwei Jahre lang fesselte und in der er im Grunde den gleichen Kampf führte, des gesunden Menschenverstandes gegen Phrase und hohle Worte, des mannhaften Realismus gegen weichlichen Subjektivismus. Aus seiner ostdeutschen Heimat zog er starke Kräfte seines Wesens. Er entstammte aus dem ostpreußischen kleinen Beamtenstand mit seiner Tradition zu Arbeit, Pflicht, fester Vaterlandsliebe. Der aus der Heimat vertriebene Österreicher Kuranda gewann Julian Schmidts Mitarbeit für die Grenzboten; dieser zog Gustav Freytag in den Kreis. Die politischen Betrachtungen

[1]) Gustav Freytag: Erinnerungen aus m. Leben. Leipzig 1887. Hirzel.

[2]) Grenzboten 1859. Neujahrsbetrachtung.

in den Grenzboten des Jahres 1859 stammen aus Julian Schmidts Feder [1]). Die preußische Staatsidee vertritt er hier mit aller Tüchtigkeit und aller Einseitigkeit einer starken Persönlichkeit. Es ist gerade dies selbstbewußte Preußentum mit der Hand an seinem guten Schwert, das ihn die Passivität der preußischen Regierung mißbilligen läßt, das ihn Österreichs Offensive anerkennen macht, denn das ist Selbstvertrauen, sich den Feind nicht nahe kommen zu lassen, sondern ihn zu rufen [2]). Aus diesem streitbaren Geist geschieht die Forderung des preußischen Eingriffs [3]), nicht zur Aufrechterhaltung des österreichischen reaktionären Systems, sondern um der Welt zu zeigen, daß Preußen den Mut zur Tat hat. Aber die Sympathie für den kriegerischen Kaiserstaat ist eine rein theoretische, praktisch stehen die Leiter der Grenzboten ihm kühl und objektiv gegenüber. Wie Bismarck sieht Julian Schmidt Österreichs Zukunftsschwerpunkt an der mittleren Donau. Die Möglichkeit einer Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu Preußen durch einen gemeinschaftlichen Krieg wird gar nicht ins Auge gefaßt. Preußen soll nur für eigene positive Ziele die Waffen ergreifen, eventuell also auch gegen Frankreich. Dabei wird der unmöglichen Form gedacht, die der Wiener Kongreß dem preußischen Staat gegeben habe und der Gedanke einer Arrondierung trotz der voraussichtlichen Mißbilligung der Kleinstaaten gestreift [4]). In ihrer Stellung zu den innerpolitischen Fragen zeigen die Grenzboten jener Zeit eine stark liberale Tendenz und betonen die Mündigkeit

---

[1]) Gustav Freytag: Erinnerungen aus m. Leben. S. 153.

[2]) Grenzboten v. 27. IV. 1859. „Offenheit der preußischen Regierung wäre nötig, denn das Nationalgefühl schließt sich dem Teil an, der eine kräftige Aktion zeigt, und Schwäche ist Österreichs Fehler nicht."

[3]) Aber nicht umsonst soll Preußen zum Schwert greifen. (Grenzboten I. 1859. „Frankreich und Italien".) „Seit zehn Jahren hat Österreich alles getan, um sich Preußen feindlich zu stimmen; wird es nun zu der Einsicht kommen, daß seit dem Regierungswechsel die Mittel, auf Preußen zu wirken, nicht mehr dieselben sind, und daß es sich seinerseits zu Zugeständnissen bequemen muß, wenn es von dorther Zugeständnisse erlangen will?"

[4]) Grenzboten 1859. S. 273. Von der preußischen Grenze.

UNIV. OF CALIFORNIA

des deutschen Bürgertums einer verfassungsmäßig eingeschränkten Fürstengewalt gegenüber. Das tritt besonders in den militärwissenschaftlichen Aufsätzen zu Tage, die aus der Feder des begabten Journalisten Wilhelm Rüstow stammen. In vormärzlicher Zeit war er preußischer Offizier gewesen, dessen Karriere durch seine demokratischen Ansichten Schiffbruch litt. Nach seiner Rückkehr aus der Schweiz, wohin er geflüchtet, war seine Lebensführung eine unruhige und ließ ihn zu keinem festen Ruhepunkte kommen. Publizistisch trat er sehr für ein Volksheer ein und äußert hie und da kommunistische Ansichten.

Ein Rückblick läßt eines klar hervortreten: vor dem italienischen Kriege beherrschte eine sehr kriegerische Stimmung die öffentliche Meinung, die die Beteiligung am Kriege als eine nationale Forderung erhebt. Der Erbfeind bedroht deutsches Land, nicht wieder soll er ein zwiespältiges Deutschland finden. Das ist die Gesinnung, in der sich Großdeutsche und Kleindeutsche — über die deutsche Frage hinweg — die Hand reichen können. Das ist dieselbe Stimmung, die auch von einem Teil der Regierungskreise geteilt wurde. Aber man ließ sich hier nicht davon fortreißen. Die Friedensfreunde siegten, sie hielten wenigstens zurück. Man war nicht nur deutscher Bundesstaat, sondern auch europäische Großmacht. Wenn, wie man hier glaubte, die preußische Hilfe schließlich doch nicht entbehrt werden konnte, so wollte man sie wenigstens an Bedingungen knüpfen. Die Demokraten ausgenommen, deren Gründe wir kennen lernten, sind die Persönlichkeiten zu zählen, die damals öffentlich gegen eine Teilnahme am italienischen Kriege stimmten. Es sind die Kleindeutschen Beseler und Bamberger, die Preußen verhindern wollen, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Neben ihnen Rößler, der die stärksten Worte findet. Keine Feindschaft gegen Frankreich, keine Freundschaft für Österreich! Mag sich der Kaiserstaat mit diesem Kriege aus dem Deutschen Bunde lösen. Hier liegt die Möglichkeit der deutschen Einigung unter Preußens Vormacht. Zu einer aktiven äußeren Politik mit der Hand am Schwert gegen Österreich war nur ein Deutscher bereit — Bismarck.

UNIV. OF
CALIFORNIA

RETURN TO ➡ **CIRCULATION DEPARTMENT**
202 Main Library

LOAN PERIOD 1 **HOME USE**	2	3
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
1-month loans may be renewed by calling 642-3405
6-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk
Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

AUG 02 1992
AUTO. DISC.
AUG 22 1992
CIRCULATION

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
FORM NO. DD6, 60m, 12/80 BERKELEY, CA 94720

BAYLORD BROS.
MAKERS
SYRACUSE N.Y.

U. C. BERKELEY LIBRAR
C041186206

2c
248342
DD 218
.2
M6.
Mutterstadt